Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schulteis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 105 — Donnerstag, den 6. Mai 1920 — 48. Jahrgang

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 5. Mai.)

Auf der Tagesordnung steht die Verbandsordnung für den Siedlungsbezirk Ruhrkohlenbezirk. Der Ausschußbericht über die Vorlage ist am 4. Mai 1920 vom Ausschuß festgestellt und umfaßt 226 Druckseiten. § 1 statuiert den Verband als öffentlich-rechtliche Körperschaft zur Verwaltung aller Angelegenheiten, die der Förderung der Siedlungstätigkeit im Verbandsgebiet dienen. Er ist sowohl Selbstverwaltung, als auch Regierungsorgan.

Bei § 1 entspinnt sich eine allgemeine Erörterung, in der die Abg. Martin (D.-N.) und Eberle-Barmen (S.) sich für die Tendenz der Vorlage und für die Ausschußfassung aussprechen, aber in einzelnen Punkten noch Abänderungen für gültig erklären. Abg. Martin befürwortet auch, die Kreise Hagen und Schwelm dem Verbandsgebiet einzuverleiben. Abg. Eberle befürwortet die Wahl der Wahlmänner zur Verbandsversammlung nach dem System der Verhältniswahlen. — Abg. Dr. Reineke (Z.) erklärt, daß seine Partei für unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes sei. — Abg. Tegeder (D. Vp.): Wir stimmen dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zu. — Minister Stegerwald bittet, die jetzt vorliegenden Abänderungsanträge abzulehnen.

Unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge wird das Gesetz einstimmig angenommen. In sofortiger dritter Beratung erfolgt auf Antrag des Abg. Dr. Kuer en Bloc-Annahme. Auch hierbei wird Einstimmigkeit erzielt. (Lebhafter Beifall.)

Das Gesetz zur Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften wird unter Ablehnung mehrerer Anträge der Rechten und der Unabhängigen unverändert angenommen, ebenso in dritter Lesung en bloc gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei.

Deutschlands Zusammenbruch bei Verminderung des Schiffsraums.

(W) Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, in der in Erwähnung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie diese Einfuhr nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrages eingeschränkt werden mußte. Bei strikter Durchführung des Friedensvertrages würden 700 000 To. Schiffsraum fehlen. In der Erwartung, daß die Hälfte hierfür irgendwie anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, wie schon in der ersten Denkschrift behandelt, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruches 350 000 To. seines eigenen zur Uebergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraumes zunächst belassen werden müsse. Die Regierung schlägt hierfür die folgende Regelung vor: 1. Die Ablieferung und Ueberweisung der noch in deutschem Besitz befindlichen Frachtschiffe über 1600 Bruttoregistertonnen wird auf 2 Jahre hinausgeschoben. Zum Ausgleich für die während dieser Zeit durch die Benutzung entstehende Wertminderung wird die deutsche Regierung einen angemessenen Abschreibungssatz zahlen. 2. Hinsichtlich der Schiffe zwischen 1000 und 1600 To. erklärt sich der Wiedergutmachungsausschuß mit den bereits ausgelieferten Schiffen dieser Größe befriedigt. 3. Soweit infolge der Auslieferung von Schiffen, die Deutschland nach 1 und 2 überlassenen Schiffe nicht den Schiffsraum von 350 000 Bruttoregistertonnen erreichen, wird ihm der hieran fehlende Schiffsraum aus den von Süd- und Mittelamerika heimkehrenden Frachtschiffen unter den Bedingungen zu 1 zur Verfügung gestellt. 4. Die Wiedergutmachungskommission wird ersucht, den Maritime Service zu bevollmächtigen, über die Ausführung dieses Vorschlages mit der deutschen Schiffahrtskommission, die sich jetzt wieder nach London begibt, zu verhandeln. Die deutsche Note betont zum Schluß nochmals, daß, wenn Deutschland der geforderte Schiffsraum nicht belassen wird, das deutsche Wirtschaftsleben und die innere Ordnung Deutschlands in einer Weise gestört werden, die die Erfüllung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen infrage stellen, wenn nicht unmöglich machen wird.

Die Hamburger Handelskammer hat an den Reichspräsidenten und die zuständigen Minister ein Telegramm gerichtet, in dem sie darauf hinweist, daß bei den jetzt wieder aufzunehmenden Verhandlungen in London über die Ablieferung der deutschen Handelsflotte die Schicksalsfrage auch für Deutschlands Industrie entschieden werde. Gelänge es nicht, einen großen Teil der deutschen Handelsflotte zurückzuerlangen, so würden die Folgen, namentlich auch für die werktätige Bevölkerung, vernichtend sein.

Die Grenzfestsetzung in Schleswig.

(TU) Der Botschafterrat hielt gestern vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung ab. Sir Charles Marling, der Vorsitzende der internationalen Kommission für die Volksabstimmung in Schleswig, unterrichtete den Rat über das Ergebnis der Volksabstimmung. Er erklärte, daß die Mitglieder der Kommission sich nicht vollkommen einig seien über die Festsetzung der Grenzlinien. Nach dem „Temps" war die Kommission einig, die erste Abstimmungszone Dänemark zuzusprechen. Was die zweite Abstimmungszone anbelangt, so seien zwei Thesen aufgestellt worden. Der englische und der schwedische Delegierte seien dafür, die ganze Zone Deutschland zuzusprechen. Der französische und der norwegische Delegierte dagegen hätten Vorbehalte inbezug auf das westliche Gebiet gemacht und schlagen vor, vier Kommunen Dänemark zuzuteilen und den Rest bei Deutschland zu belassen.

(TU) Gestern ist die erste Zone von dänischem Militär besetzt worden. Zunächst überschritten die Grenze 900 Mann Infanterie; 125 Mann Kavallerie sollen folgen. Zuerst wurde die Stadt Tondern von 250 Mann Infanterie, die mit der Bahn eintrafen, besetzt. Gegen Mittag erschienen zwei Kompagnien Infanterie in Hadersleben, und etwa um dieselbe Zeit kamen auf einem dänischen Kriegsschiff dänische Truppen in Sonderburg an. In Hadersleben beteiligten sich an dem dem Einzug folgenden Umzuge auch englische und französische Besatzungstruppen.

Feldmarschall Robertson warnt vor Abrüstung.

Bei einer Feier in der Royal Caledonian School, einer Schule für die Kinder gefallener englischer Militärs in London, hielt der frühere Oberkommandierende der britischen Rheinarmee, Feldmarschall Robertson eine Rede, in der er vor einer stärkeren Verminderung der britischen Streitkräfte warnte. Der „Cologne Post" vom 2. Mai zufolge sagte er unter anderem:

Man hört öfter sagen, daß es keine Kriege mehr geben wird; die Geschichte lehrt aber, daß Kriege gerade dann kommen, wenn sie am allerunwahrscheinlichsten zu sein scheinen, und zwar stets für solche, die nicht vorbereitet sind. Es ist zu hoffen, daß sich das britische Reich nicht wieder einer so schwierigen Aufgabe aussetzen wird wie 1914. Selbst wenn wir keine Kriege mehr haben werden, so sind wir doch mit den letzten noch nicht ganz fertig. Ich kann mich keines Falles erinnern, daß ein Land die Friedensbedingungen ohne Zwang erfüllt hat. Viele sagen, Deutschland liege am Boden, und es sei aus mit ihm. Keiner wird wohl leugnen, daß es darniederliegt, aber nach langjährigem Studium dieses Landes, und nachdem ich dort das vergangene Jahr gelebt habe, kann ich mich nicht der Auffassung anschließen, daß es mit ihm aus ist. Ein Land von 70 Millionen, eine physisch starke Rasse mit einer rasch zunehmenden Bevölkerung, und dazu sehr reich, dessen Angehörige strebsam und fleißig sind, wird sich sobald nicht damit zufrieden geben, als erledigt angesehen zu werden.

Damit dürfte der englische Marschall recht haben; nur zieht er daraus falsche Schlüsse. Das deutsche Volk denkt nicht daran, den Rest seiner Energien militärisch zu entladen. Es hat auf unabsehbare Zeit hinaus ganz andere Sorgen. Die Zukunft wird beweisen, daß der Verband Rüstungen gegen einen Gegner aufrechterhält, der, militärisch genommen, überhaupt nicht vorhanden ist.

Kapitalflucht ins Saargebiet.

Zufolge Artikel 49 des Friedensvertrages hat Deutschland auf die Dauer von 15 Jahren zugunsten des Völkerbundes auf die Regierung des Saarbeckengebietes zu verzichten. Nach Ablauf dieser Frist soll durch Abstimmung der Bevölkerung über die künftige Souveränität dieses Gebietes entschieden werden. Nach § 26 der Anlage zu den Artikeln 45—50 des Friedensvertrages steht die Befugnis zur Erhebung von Steuern dem für das Saarbeckengebiet gebildeten Regierungsausschuß mit der Maßgabe zu, daß die Abgaben und Steuern ausschließlich für die Bedürfnisse des Gebietes zu verwenden sind.

Auf Grund dieser Bestimmungen des Friedensvertrages unterliegen die Einwohner des Saarbeckengebietes bis auf weiteres nicht mehr den deutschen Steuergesetzen, sie stehen vielmehr, obwohl das Saarbeckengebiet Bestandteil des Deutschen Reiches bleibt, und obwohl die Einwohner die deutsche Staatszugehörigkeit behalten, insoweit den Personen gleich, welche im Auslande ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben („Ausländer" im Sinne der Kapitalfluchtgesetzgebung). Da zurzeit der Geldverkehr mit dem Saargebiet und die Ausfuhr von Wertpapieren dorthin keinen Beschränkungen unterliegen, besteht die Gefahr, daß Vermögenswerte ohne irgendwelche steuerliche Kontrolle nach dem Saarbeckengebiet verschoben werden, um sie dem deutschen Steuerzugriff zu entziehen. Nach zuverlässigen Mitteilungen sind tatsächlich bereits erhebliche Vermögenswerte unter mißbräuchlicher Ausnutzung des gegenwärtigen Zustandes nach dem Saarbeckengebiet verschoben worden. Nachdem in bezug auf die Verhinderung der Kapitalflucht das Loch im Westen durch die Inkraftsetzung der Kapitalfluchtgesetze für das besetzte rheinische Gebiet geschlossen worden ist, besteht nach dem Saarbeckengebiet noch eine Lücke, deren Beseitigung zur Verhütung weiterer wirtschaftlicher Schäden dringend erforderlich ist. Es ist daher am 27. April 1920 vom Reichsfinanzministerium eine neue Verordnung herausgegeben worden, die auch den Geldverkehr mit diesem Gebiet und insbesondere die Ausfuhr von Wertpapieren dorthin unter steuerliche Kontrolle stellt. Zur Durchführung dieser Kontrolle muß auch die Postüberwachung in dem beschränkten Umfange, in welchem sie zurzeit überhaupt noch besteht, auf den Postverkehr mit dem Saarbecken erstreckt werden.

Gegenüber der wirtschaftlichen Notwendigkeit dieser Maßnahmen müssen etwaige politische Bedenken gegen die damit verbundene Steuerbehandlung der Einwohner des Saarbeckengebietes zurücktreten. Die Erkenntnis, daß zur Gesundung der Finanzkraft und des Wirtschaftslebens des Deutschen Reiches solche Abwehrmaßnahmen notwendig getroffen werden müssen, wird es auch den Einwohnern des Saarbeckengebietes erleichtern, diese Sonderbehandlung zu ertragen.

Hänischs Richtlinien für ein neues Erziehungswesen.

(W) Bei der feierlichen Uebernahme der bisherigen Hauptkadettenanstalt, jetzigen staatlichen Bildungsanstalt Lichterfelde durch das preußische Unterrichtsministerium erklärte Minister Haenisch u. a., daß auch der neue Staat, und gerade der neue Staat, national im besten Sinne des Wortes sei. Des Ministers dringender Wunsch sei, daß das Deutsche, die deutsche Sprache, Literatur, Geschichte und Kunst in den Mittelpunkt des neuen Erziehungswesens hineingestellt werden und ihm das Gepräge geben. Allerdings gelte es, den oft engen Nationalismus der früheren Tage auszuweisen und an dessen Stelle selbstverständlicher Nationalismus trete, der den anderen Völkern neidlos das Ihre läßt, dafür aber unbedingt verlangt, daß man auch das deutsche Volk nach seiner Fassen selig werden läßt. Das nationale Bewußtsein müsse erhöht werden zum großdeutschen Kulturbewußtsein. Der Minister betonte dann, daß er jedes Hineintragen von Parteipolitik in die Schule als Versündigung an der Jugend grundsätzlich ablehne, aber unbedingt fordern müsse, daß die Jugend zur freudigen Bejahung des neuen Staates als einer geschichtlichen Tatsache erzogen werde. Ferner lege er starkes Gewicht auf die Pflege einer wahrhaft sozialen Gesinnung, die sich gründen müsse auf dem festen Boden volkswirtschaftlicher Erkenntnis. Auch hierin solle die neue Anstalt vorbildlich werden für das ganze Preußen, und das deutsche Schulwesen überhaupt.

Tagesereignisse.

— **(Zur Besetzung des Maingaues.)** Zeitungsmeldungen besagten, unter Zustimmung französischer Pressestimmen, Frankreich beabsichtige, die Besetzung des Maingaues fortdauern zu lassen, bis Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag erfüllt habe. In Berlin ist, wie die „Voss. Ztg." an amtlicher Stelle hört, von einer solchen Absicht der französischen Regierung nicht das mindeste bekannt; man hält alle diese Nachrichten für durchaus unwahrscheinlich.

— **(Die Waffenabgabe in Frankfurt a. M.)** Die französischen Militärbehörden verlangten Mittwoch vom Polizeipräsidium in Frankfurt a. M. die Herausgabe der seit der Revolution für die Hilfspolizei aufbewahrten Waffen. Die Auslieferung ist erfolgt. Nach Ablieferung der Waffen verbleiben auch der 1500 Mann starken Polizei, 500 sogenannte blaue Polizisten und 1000 Hilfspolizisten, zusammen nur ungefähr 500 Gewehre. Darum glaubt der Polizeipräsident, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht mehr tragen zu können, und bat die Regierung um Enthebung vom Amte oder Zurücknahme des Befehls von der französischen Militärbehörde. Gleichzeitig teilte er sein Vorhaben dem General Mangin mit.

— **(Demonstration gegen die Franzosenherrschaft in Oberschlesien.)** Für die Erbitterung, die in deutschen Kreisen Oberschlesiens über die polnische Anmaßung und die Willkürherrschaft der Franzosen herrscht, ist es bezeichnend, daß in dem Städtchen Tarnowitz trotz strömenden Regens eine über 1000 Personen umfassende Demonstration durchgeführt wurde, die besonders den Uebergriffen französischer Truppen galt. Ein Franzose wurde von den erzürnten Bürgern der Polizei übergeben.

— **(Fortdauer der Demonstrationen in Oppeln.)** Nach den neuesten Nachrichten dauern die Demonstrationen in Oppeln und Umgebung fort. In den Oppelner Eisenbahnwerkstätten weigern sich die Arbeiter, weiter mit den polnischen Hetzern zusammenzuarbeiten. 25 Polen wurden gewaltsam entfernt. In das Haus des Kaufmanns Kulecza brach eine Menschenmenge ein und holte einen großen weißen Adler heraus. In Groß-Döbern kam es zu Schlägereien zwischen polnischen Bauern und deutschen Arbeitern, bei denen zwei Deutsche verwundet wurden. In Sezedzik stürmten die Polen die Schule, beschimpften den Lehrer und rissen die Bilder von den Wänden. Von der polnischen Organisationszentrale in Lublinitz wurde die polnische Fahne heruntergeholt. Es entstand eine schwere Schlägerei zwischen Deutschen und Polen, die von den englischen Besatzungstruppen gesprengt werden mußte.

— **(Der Mord am Oppelner Güterbodenvorsteher.)** Das Gleiwitzer französische Kriegsgericht hat in öffentlicher Verhandlung den französischen Alpenjäger Pesenti wegen Erschießung des Oppelner Güterbodenvorstehers Placzek zu 10 Jahren Deportation, Zwangsarbeit und Aberkennung der Ehrenrechte verurteilt. — Weiter wird gemeldet, daß eine interalliierte Sonderkommission unter Leitung des Generals Mollet auf Grund der deutschen Beschwerden nach Oberschlesien unterwegs ist.

— **(Genossenschaftlicher Protest gegen französischen Kulturfrevel.)** In der Zeitschrift der englischen Konsumvereine ist unter der Ueberschrift „Schwarze Truppen in Europa" zu lesen: „Wir freuen uns, daß unsere Frauengilde einmal wieder ihre Fähigkeit gezeigt hat, „international zu denken" und auch ungesäumt zu handeln, indem sie eine Entschließung annahm, die den Abscheu und die Entrüstung darüber zum Ausdruck bringt, daß von Frankreich Negertruppen verwendet werden, um, wie die französischen Regierenden sagen, die militärischen Unruhen in Deutschland zu beseitigen. Wie die Liga der Weltfreundschaft (League of World Friendship) darlegt, sollte keine Regierung jemals die niedriger stehende Rasse benutzen, ein anderes Volk niederzuhalten. Dieser Protest wird gleich dem unseren nicht nur im Interesse der Negertruppen oder -polizei, sondern auch in dem der weißen Frauen und Kinder erhoben, unter denen sie einquartiert werden. Wir hoffen, sie möchten — tatsächlich müssen sie es — schleunigst zurückgezogen werden, und es möge ein internationales Abkommen getroffen werden gegen jegliche Anwerbung eingeborener afrikanischer Truppen durch irgend eine europäische Macht."

— **(Die Koalition in Sachsen.)** Der neue sächsische Ministerpräsident Buck entwickelte gestern vor der sächsischen Volkskammer sein Regierungsprogramm in einer längeren Rede. Zu Beginn führte er an, daß die bisherigen Minister Dr. Harnisch, Heidt, Dr. Reinhold, Schwartz und Dr. Seyfert sich bereit erklärt hätten, mit ihm die Arbeiten der Regierung weiterzuführen, und daß er den bisherigen Arbeitersekretär Kühn zum Minister des Innern und seinen Stellvertreter ernannt habe. Weiterhin teilte der Ministerpräsident mit, daß er mit seinem Ministerium an der bisherigen Koalition mit den Demokraten und der sich daraus ergebenden Politik festhalten werde. Eine andere Gewalt als die gesetzgebende Körperschaft könne er nicht anerkennen, daher auch nicht das Recht des Mitregierens der Exekutiv- und Aktionsausschüsse, sowie der Arbeiter- und Bürgerräte.

— **(Ein Ordnungsblock in Thüringen.)** Die Deutschnationale Partei, die Deutsche Volkspartei und der Bauernbund in Gotha haben sich bereit erklärt, zusammen mit der Demokratischen Partei und gegebenenfalls mit den Mehrheitssozialisten einen Ordnungsblock mit gemeinsamer Liste für die Reichstagswahlen in Thüringen zu bilden. Die Demokratische Partei und die Mehrheitssozialdemokraten haben noch keine Entscheidung getroffen.

— **(Für eine bürgerliche Einheitsfront.)** Das Mitglied der Nationalversammlung, Prof. Dr. Kahl, erklärte gestern in einer politischen Versammlung in München, ein Ausschluß der Sozialisten von der Regierung sei weder erwünscht noch möglich, aber die alte Herrschaft der Sozialisten müsse gebrochen und eine große bürgerliche Einheitsfront hergestellt werden. Die Deutsche Volkspartei müsse den Mittelpunkt für die große Bürgerpartei der Zukunft bilden.

— **(Zur Erhöhung der Krankenkassenbeiträge.)** Die von den Ortskrankenkassen an die Arbeitgeber versandten neuen Forderungen, die die Versicherungsbeiträge auf sieben Hunderttel des Grundlohnes erhöhen, berechnet der Berl. Lok.-Anz., daß für die höchste jetzt eingezogene Einkommenklasse mit 15 000 Mark demgemäß 1050 Mark Beiträge zu zahlen wären, sicherlich also mehr, als die meisten Angestellten jährlich für ihre Krankheiten auszugeben hätten. Dazu kommen bei 15 000 Mark Einkommen noch eine reguläre Reichseinkommensteuer von 2300 Mark.

— **(Protest gegen die Brotverteuerung.)** Der Münchener Stadtrat hat auf sozialdemokratischen Antrag als Protest gegen die bisherige Brotbewirtschaftung die neue Brotpreiserhöhung einstimmig abgelehnt und gegen die Stimmen der Unabhängigen die Höchstpreise für München außer Kraft gesetzt. Der Referent erklärte, die Erhöhung der vom Reiche den Landwirten zugestandenen Lieferungszuschläge sei Schuld an der neuen Brotpreiserhöhung, die das Reich verlange.

Nachdem der Münchener Stadtrat die Höchstpreise für Brot und Mehl aufgehoben hat, setzte die Münchener Bäckerinnung den Brotpreis auf 1,25 Mk. und den Mehlpreis auf 1,40 Mk. für das Pfund fest.

— **Die Wahlen zur litauischen verfassunggebenden Versammlung** hatte folgendes Ergebnis: 59 christliche Demokraten, 29 demokratische Volkssozialisten, 13 Sozialisten, 6 Juden, 3 Polen, ein Deutscher und ein unparteiischer Arbeiter, zusammen 112. Die Wahlbeteiligung war glänzend. Bezeichnend ist die verschwindende Zahl der gewählten Polen, die in der Stadt Kaunas 2 Sitze und im ganzen südlichen Littauen nur einen Sitz erhielten.

— **Erdbeben.** Die Erdbebenwarte im Jugendheim (Bergstraße) registrierte gestern ein kurzes kräftiges Erdbeben, dessen Anfang von 3 Uhr 45 Minuten 27 Sek. war. Der Herd des Bebens ist vermutlich die Schweiz. Die Entfernung beträgt nahezu 40 Km.

Kleine Nachrichten.

In einer in Chemnitz unter Leitung des Kommunisten Cubisch abgehaltenen Vollsitzung der am 14. März gewählten Betriebsdelegierten wurde die Auflösung des bis jetzt bestehenden Arbeiterrates und damit auch des Vollzugsrates gegen drei Stimmen beschlossen.

Die Nachricht, daß Millerand zum Besuche der Wacht in Frankfurt eingetroffen sei, ist unrichtig.

Einer Meldung aus Moskau zufolge hat sich Enver Pascha selbst an die Spitze der Bewegung der türkischen Nationalisten gestellt.

Der ungarischen Friedensabordnung wurde die Antwort der Entente auf ihre Einwendungen zum Friedensvertrag mit dem Bemerken übergeben, daß die endgültige Entscheidung bis zum 17. Mai erfolgen müsse.

Man erwartet, daß das deutsch-holländische Wirtschaftsabkommen über einen Kredit von 200 Millionen Gulden in einigen Tagen unterzeichnet werden wird. In den nächsten Tagen wird der Zweiten Kammer eine Gesetzesvorlage hierüber zugehen.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 6. Mai. **(Verschiedenes.)** Der Fabrikant, der sich zur Lieferung einer von ihm herzustellenden Ware zu einem festbestimmten Preise verpflichtet hat, muß seinerseits das Risiko einer Preiserhöhung für die von ihm benötigten Rohstoffe selbst tragen, wenn er nichts anderes mit seinem Abnehmer vereinbart hat. Diesen Grundsatz spricht das Reichsgericht in einer Entscheidung aus.

Ein großes Trauergefolge gab gestern dem Kaufmann Wilhelm Mertin das letzte Geleit. Der Krieger-Verein Kamen und die Veteranen-Vereinigung Kamen eröffneten in starker Beteiligung den Trauerkondukt. Für die große Beliebtheit und Achtung, die man dem Verstorbenen entgegenbrachte, zeugte die starke Teilnahme aus allen Kreisen der Bürgerschaft. Herr Mertin war langjähriger Stadtrat und zeitweise stellvertretender Bürgermeister., er gehörte dem Krankenhaus-Kuratorium an und war lange Jahre Vorsitzender des Sparkassen-Vorstandes. Als er sich in hohem Alter von allen Aemtern zurückzog, wurde ihm der Kronenorden 4. Klasse verliehen. Außer den Gedenkzeichen an die Feldzüge von 1866 und 1871, war er Inhaber der Rettungsmedaille am Bande, die er als Zwölfjähriger erhielt für die Rettung eines Menschenlebens, das in der Sesecke dem Ertrinken nahe. In den Vereinen und Kommissionen war der Verstorbene seines Humors und Mutterwitzes wegen sehr geschätzt. Er verkörperte den alten unentwegten Alt-Kamener. Mit ihm ist wieder einer der alten Treuen zu Grabe getragen, der so gern aus Kamens guter alter Zeit erzählte und dem man hierbei so gern lauschte.

(Der schulfreie Wandertag.) An einer großen Zahl von Lehranstalten besteht bereits die Einrichtung, daß neben den lehrplanmäßigen Turnstunden wöchentlich ein schul- und aufgabenfreier Halbtag eingeführt ist, an dem Schüler und Schülerinnen in geordneter Weise sich der freien Betätigung in gesunden Leibesübungen, dem Wandern hingeben. Der preußische Kultusminister hat jetzt angeordnet, daß mit dem neuen Schuljahre diese Einrichtung auf Volks- und Mittelschulen, Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten sowie alle höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend vom vierten Schuljahre ab ausgedehnt wird. In der Unterrichtszeit ist durchschnittlich alle vier Wochen vom sechsten Schuljahre ab ein Ganztag einer turnerischen Wanderung zu widmen. Hierbei können einfache, im Freien entworfene Geländeskizzen dem erdkundlichen Unterricht wertvolle Dienste leisten. Die Wanderungen sind klassenweise auszuführen. Die Jugend ist an die Beobachtung der für das Wandern erprobten Gesundheitsregeln zu gewöhnen.

(Landwirtschaftliche Vereinsorganisation im Kreise Hamm.) Wie in den meisten übrigen Kreisen der Provinz Westfalen hat sich auch im Laufe des letzten Jahres im Kreise Hamm das landwirtschaftliche Vereinswesen kräftig entwickelt. Anfang 1919 waren 9 landwirtschaftliche Ortsvereine und 2 Amtsvereine vorhanden. Der landwirtschaftliche Kreisverein zählte rund 500 Mitglieder. Am 1. März ds. Js. umfaßte der reorganisierte Kreisverein Hamm 29 Ortsvereine mit einer Mitgliederzahl von 2065. Es sind folgende Ortsvereine vorhanden: Bram—Ostwennemar, Mark, Werries, Hamm-Ostenfeldmark, 130 Mitglieder. — Rhynern und Umgegend 112 Mitglieder. — Wiescherhöfen-Weetfeld 118 Mitglieder. — Kirchspiel Bausenhagen 116 Mitglieder. — Afferde-Südkamen 105 Mitglieder. — Norddinker, Wöckinghausen, Frielinghausen 102 Mitglieder. — Kamen und Umgegend 92 Mitglieder. — Herringen-Sandbochum 93 Mitglieder. — Uentrop 92 Mitglieder. — Lenningsen-Flierich 89 Mitglieder. — Heeren-Werve 87 Mitglieder. — Frömern 77 Mitglieder. — Dellwig-Altendorf 70 Mitglieder. — Wasserkurl-Westick 65 Mitglieder. — Fröndenberg 62 Mitglieder. — Lünern 60 Mitglieder. — Unna 60 Mitglieder. — Hemmerde und Umgegend 59 Mitglieder. — Oberaden 58 Mitglieder. — Massen 55 Mitglieder. — Bönen 52 Mitglieder. — Ostbüren 50 Mitglieder. — Strickerdicke 48 Mitglieder. — Sönnern 44 Mitglieder. — Methler 40 Mitglieder. — Kessebüren 35 Mitglieder. — Uelzen 30 Mitglieder. — Billmerich 29 Mitglieder. — Niederaden 25 Mitglieder.

(Neue Landmesserprüfungsordnung.) Im „Deutschen Reichsanzeiger" vom 11. März 1920 sind neue Vorschriften über den Studiengang und das Staatsexamen der öffentlich anzustellenden Landmesser bekanntgegeben worden. Danach ist die Ausbildung der Landmesser entsprechend der zunehmenden Bedeutung des Vermessungswesens auf 6 Jahre verlängert worden. Einer praktischen Vorbereitung von einem Jahre schließt sich ein mindestens dreijähriges Hochschulstudium an, das mit dem ersten Staatsexamen abgeschlossen wird. Die Aushändigung der Bestallung erfolgt nach erfolgreicher Ableistung eines zweijährigen Vorbereitungsdienstes in der Staats-, Kommunalverwaltung und bei Privatlandmessern. Es folgt alsdann eine mindestens vierjährige Spezialausbildung, die durch das zweite Staatsexamen abgeschlossen wird, bei den Behörden der Finanz-, Eisenbahn- oder Landwirtschaftsministerien. — Eingehende Darlegungen bringen die von der Deutschen Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker herausgegebenen Berufsführer: „Die akademischen Berufe", Bd. 6, Furche-Verlag, Berlin 1919.

Mit uns Deutschen ist es doch weit gekommen! Kommt da neulich ein Dr. H. . . . aus Ems nach Dortmund ins Hotel Burghof und wird dort durch Kriminalbeamte mit Hilfe von Reichswehrsoldaten einer Fremdenkontrolle unterzogen. Was tut darauf der gute Patriot: er teilt den Fall der französischen Behörde mit, damit diese der Willkür der Polizei und „Militärkamarilla" und der „unberechtigten" Truppenverwendung in der neutralen Zone ein Ende macht. Und dieser Mann hat noch die Stirn, das der zuständigen Militärbehörde mitzuteilen! Kommentar überflüssig.

(Wem gehören die Pferde?) Bei der Polizeiverwaltung Hörde befinden sich nachbezeichnete, beschlagnahmte Pferde, deren Besitzer bisher noch nicht bekannt sind. Falls die Eigentümer sich nicht innerhalb drei Wochen melden sollten, wird die Versteigerung der Pferde erfolgen. 1. Aschbrauner Wallach, weiß gestiefelt, kurz kupiert, Größe 1,75 Meter. Blesse, Alter 10—12 Jahre. 2. Dunkler Fuchs, Stute, mit weißem Stern, kurz kupiert. Größe 1,75 Meter, Alter ca. 10—12 Jahre. 3. Fuchsstute mit weißem Stern, langem Schweif, auf dem Rücken weiße Druckflecken, Größe 1,65 Meter, Alter ca. 10 Jahre. 4. Braune Stute, hinten rechts weiße Fessel, Schweif kurz kupiert, Größe ca. 1,65 Meter, Alter ca. 12 Jahre.

(Unehrlich Volk.) In der Mittwoch-Nacht drangen zwei Diebe in die Schuhfabrik von der Heide ein. Der Nachtwächter Brandt war auf der Hut und damit hatten die Spitzbuben nicht den geringsten Erfolg. Der Hüter stellte die Burschen im Keller und versuchte dieselben einzuschließen. Leider gelang ihm dieses nicht, da die Burschen sich mit Revolvern den Weg in das Freie bahnten. Zwei lange Lederkoffer, die die Diebe zur Aufnahme der gestohlenen Waren mitgebracht hatten, Spazierstöcke und Butterbrote und einen Hut ließen sie auf ihrer Flucht zurück. Es handelt sich um auswärtige Einbrecher, denen man auf der Spur ist. — Beim Warenhaus Eisenstädt versuchten Diebe sich auf andere Art in den Besitz von Waren zu bringen. Sie umwickelten einen Stein mit Tuch und drückten dann die Schaufensterscheibe ein. Durch das entstandene Loch entnahmen die Nachtarbeiter dann die Ware. Aber auch hier wurden sie in ihrer Tätigkeit gestört. Nachbarn, durch das Klirren aufgeweckt, rissen die Fenster auf, und das war für die Burschen das Signal zur Flucht.

Bergkamen, 6. Mai. **(Jagd nach einem Verbrecher.)** In den Sonntagnachmittagsstunden wurde in den Waldungen zwischen Zeche Grimberg und dem Kanal bei Heil ein Mädchen von 16 Jahren, das am Wege Maiblumen suchte, plötzlich von einem etwa 22 Jahre alten Manne angefallen und in den Wald geschleppt, dabei wurde dem Mädchen unter Drohungen mit einem Knüppel verboten, um Hilfe zu rufen. Nachdem dem Mädchen von dem Manne ein Teil der Kleider heruntergerissen worden, war es zwei kleinen Mädchen, die ersteres begleitet hatten, gelungen, Hilfe herbeizurufen, wodurch der Unhold in seinem verbrecherischen Vorhaben gestört wurde und schleunigst die Flucht ergriff. Durch später zufällig erscheinende Hilfspolizeibeamte der Gemeinde Bergkamen wurde die Verfolgung des Verbrechers aufgenommen. Nach stundenlanger Jagd gelang es diesen endlich, den Mann am Kanal östlich von Rünthe zu ergreifen. Der Mann (Gelegenheitsarbeiter), angeblich mit Namen Heinrich Wolter aus N.-Schleswig, hatte keinerlei Papiere bei sich und trug einen sehr zerlumpten Anzug. Der Festgenommene wurde, nachdem er aus einem Wutkrampfanfall erwacht, zunächst bis in eine in der Nähe des Kanals befindliche Bahnwärterbude gebracht, wo er sich erst erholen und dem Mädchen gegenübergestellt werden sollte. In demselben Augenblick riß der Verbrecher aus und verschwand in dem nahen Walde, wurde aber infolge der Umsichtigkeit und geschickten Verfolgung durch die Polizeibeamten recht schnell wieder ergriffen und vorläufig nach Bergkamen in Gewahrsam gebracht. Das Mädchen erkannte in ihm mit Bestimmtheit ihren gewaltsamen Verfolger wieder. Die vorläufigen Vernehmungen durch Herrn Polizei-Wachtmeister Poth ergaben, daß es sich anscheinend um einen „schweren Jungen" handelt. Wir wollen nicht verfehlen, die Mahnung daran zu knüpfen, junge Mädchen und Kinder ohne Begleitung Erwachsener nicht in den Wald gehen zu lassen, da besonders in der jetzigen Zeit allerlei unlautere Elemente in den Wäldern die besten Schlupfwinkel finden und dort ihre verbrecherischen Absichten auszuführen versuchen. Es zeigt sich aber auch hier wieder, wie notwendig es war, daß die örtliche Polizei durch Hilfspolizeibeamte, die hauptsächlich Patrouillendienst versehen, verstärkt wurde. Es ist unmöglich, daß in dieser großen Gemeinde die drei angestellten Polizeibeamten allein, neben dem sehr reichhaltigen Innendienst, auch noch größere Streifpatrouillen bei Tage wie bei Nacht ausführen können. Hoffentlich gelingt es auch auf diese Art, dem Schleichhandel und en-gros-Hamsterer das Handwerk etwas zu legen.

Methler, 6. Mai. **(Maifeier.)** Die Filialen Methler, Husen, Wasserkurl und Westick der S. P. D. hatten Samstag ihre Maifeiern veranstaltet. Ein großer Festzug bewegte sich nachmittags durch genannte Gemeinden, der mit einer großen Kundgebung auf dem Marktplatze hierselbst seinen Abschluß fand. Der bekannte Volksredner, M. d. R. Nikolaus Osterroth, hielt, wie uns geschrieben wird, eine Festrede, die großen Beifall fand. In den verschiedenen Lokalen fanden nachher noch wohlgelungene Veranstaltungen statt, die sehr gut besucht waren und mit einem gemütlichen Tanzvergnügen ihren Abschluß fanden.

Methler, 6. Mai. **(Fahrradmarder festgenommen.)** Der arbeitslose Bergmann Heinrich Korte von hier, begab sich Montag vormittag nach der Zeche Kurl, aber nicht etwa um nach Arbeit zu fragen, sondern um sich aus dem Aufbewahrungsraum ein Fahrrad zu holen und dieses zu verkaufen. Den im Fahrradschuppen angestellten Wächter bedrohte er mit einer Schußwaffe, ergriff ein Fahrrad und verschwand damit. Das Rad hat er nachmittags sofort verkauft und den Erlös in Kamen verjubelt. Der benachrichtigten Polizei gelang es schnell, auf Grund der Personalbeschreibung den Täter in der Person des Korte festzustellen und ihn gestern abend in seiner Wohnung festzunehmen. Da in letzter Zeit hier in der Umgegend mehrere Fahrraddiebstähle vorgekommen sind, u. a. sind aus dem Fahrradschuppen auf Zeche Kurl in den letzten 14 Tagen allein 4 Fahrräder gestohlen, scheint hier der Marder endlich in der Person des arbeitsscheuen Burschen gefaßt zu sein.

Westick, 6. Mai. **(Abgefaßte Diebe.)** In der verflossenen Nacht drangen Diebe durch Aufbrechen der Türen in die Stallungen auf dem Schulhofe der hiesigen evang. Volksschule ein und stahlen dem Herrn Lehrer Harms fünf Hühner und der Schuldienerin Wilme Kramer 2 Kaninchen. Sämtliche Tiere wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet. Als die Diebe sich nun früh vom Bahnhof Kurl aus mit ihrem Raube berdusten wollten, wurden sie vom Gendarmeriewachtmeister Reichmeier aus Husen, noch ehe sie mit dem Frühzuge abdampfen konnten, abgefaßt. Herr Reichmeier war von Bahnbeamten, welchen das „Gepäck" der Burschen verdächtig vorkam, noch rechtzeitig benachrichtigt worden. Bei der Revision des Gepäcks stellte sich heraus, daß außer den fünf Hühnern und zwei Kaninchen noch drei Hühner und mehrere gleichfalls geschlachtete Kaninchen sich in dem Gepäck dieser „Herren Reisenden" befanden. Auch diese Tiere werden zweifellos gestohlen sein, und werden etwa Bestohlene ersucht, sich bei Herrn Gendarmeriewachtmeister Reichmeier zwecks Feststellung und Geltendmachung ihrer Eigentumsrechte zu melden. Leider gelang es zwei der Spitzbuben, sich durch Flucht ihrer Festnahme zu entziehen und konnte nur einer, der angebliche Hausierer Stanislaus Lemanski aus Dortmund, festgenommen werden. Anscheinend ist in diesem Falle die Festnahme eines abgefeimten Spitzbuben gelungen, der in Verbindung mit seinen entkommenen Komplizen die hiesige Umgegend schon des öfteren unsicher gemacht hat.

(b) **Oberaden**, 6. Mai. **Ein Geisteskranker** aus Barmen wurde hier aufgegriffen, der sich ziel- und planlos umhertrieb. Der Kranke wurde dem Krankenhaus in Kamen zugeführt.

(b) **Oberaden**, 6. Mai. **(Blitzschlag.)** Während eines hier am 29. v. Mts. niedergehenden Gewitters schlug der Blitz in das Wohnhaus des Bergmanns Albert Möllenhoff hierselbst. Es war ein kalter Schlag, der das Haus abdeckte, den Schornstein wegriß und einige Innenwände beschädigte.

(:) **Heil**, 6. Mai. **(Ursprung des Dorfnamens.)** Schon mancher hat sich über den Namen unserer Bauerschaft gewundert und nach Erklärungen gesucht, die durchweg unzutreffend sind. Nachweisbar ist, daß der Name seit nunmehr 800 Jahren besteht. Nach einer alten Chronik hatte der damalige Besitzer des Hofes zu Heil, ein Vasall von Kappenberg, mit Namen Ekeren, in dem nahe beim Hofe gelegenen Busche Grevenlock zwei Brüder des Grafen Gottfried von Kappenberg überfallen und getötet. Von diesem sei darauf die Erbauung einer Kapelle an der Stelle des Mordes angeordnet und im Jahre 1120 bestimmt worden, daß an gewissen Tagen eine Messe für das Seelenheil beider getöteten Grafen solle gehalten werden; daher der Name der Gemeinde „Heil".

Unna, 6. Mai. **Neues Notgeld** hat unsere Stadt herstellen lassen. Die Scheine sind bedeutend handlicher wie die früheren, sie brauchen nicht geknickt zu werden, um Aufnahme in der Geldbörse oder Westentasche finden zu können. Der 50 Pfg.-Schein ist in braun-rotem Ton gehalten und zeigt das Bild des Unnaer Rathauses. Wenn man genau zusieht, findet man unter dem Bild zwei Unnaer Esel abgedruckt. Der 25 Pfg.-Schein ist blau-grün und zeigt das Bild des Gradierwerks „Friedrichshorn".

(b) **Massen**, 6. Mai. **(Ein Soldat angeschossen.)** Von Zivilisten wurde hier in der Nacht vom 2. zum 3. ds. Mts. ein Angehöriger der Reichswehr angeschossen und lebensgefährlich verletzt.

* **Sölde**, 3. Mai. **(Unglücksfall.)** Der Hauer August Knapp, Sölderholz, Friedrichstraße, wurde auf Zeche „Margarethe" auf seiner Arbeitsstelle erheblich verletzt. Beim Kippen eines Bergewagens drang ein Stein durch die Verschalung und traf ihn so unglücklich, daß er außer einer Kopf- und Schulterverletzung auch noch einen Beinbruch davontrug. K. wurde dem Krankenhause zu Hörde überführt.

Dortmund, 4. Mai. **In der gestrigen Stadtverordnetensitzung** erhielt vor Eintritt in die Tagesordnung Rechtsanwalt Wulff das Wort zu einer Erklärung in Sachen der Tätigkeit des Oberbürgermeisters Cuno-Hagen am 17. März bei den Angriff der Roten Armee auf Dortmund. In der Versammlung am 12. April hatte Herr Wulff geäußert, die Tätigkeit des Herrn Cuno werde noch einer weiteren Klärung bedürfen. Herr Cuno hatte daraufhin Herrn Wulff geschrieben, er habe erst in Dortmund angefragt, ob sein Erscheinen erwünscht sei. Herr Wulff bemerkt, das Schreiben Cunos treffe nicht den Kernpunkt seiner Ausführungen. Nicht das Wirken Cunos am 17. halte er rügen wollen, sondern daß er am 16. März alles aufgeboten habe, um die von Dortmund so sehnlichst erwartete Reichswehr fernzuhalten. Herr Bäumgen von den Mehrheitssozialisten gab in der Sache ebenfalls eine Erklärung ab. Die Stadtverordneten begleiteten die Ausführungen mit lautem „Sehr richtig!" Es folgte dann die Einführung des neuen Bürgermeisters Herrn Dr. Fischer aus Charlottenburg zum zweiten Bürgermeister durch den Oberbürgermeister. Zum Stadtkassen-Rendanten wurde Herr Oberbuchhalter Dassel gewählt. Für das Hindenburggymnasium wurden 70 000 Mk. nachbewilligt, für das Bismarck-Realgymnasium 66 630 Mk., für das Schiller-Lyzeum 59 750 Mk., für das Goethe-Lyzeum 62 575 Mk. Auch die übrigen höheren Lehranstalten beanspruchten große Nachbewilligungen. Die Verteuerung des Heizmaterials hat die Stadt um mehrere hunderttausend Mark belastet. Der Haushaltsplan der Polizeiverwaltung schließt ab mit 8 038 700 Mk., gegen 1 847 179 Mk. Der Zuschuß aus der Kämmereikasse beträgt 7 985 000 Mk., gegen 1 845 175 Mk. im Vorjahre. Die Ausgaben für zwei Hilfsdezernenten und die Bureaubeamten belaufen sich auf 790 000 (103 975) Mk., für die Exekutivbeamten und die Pferdepfleger sind 6 236 000 Mk. erforderlich (201 520 Mk. i. V.). Die Ruhegehälter belaufen sich auf 95 000 Mk. (23 149 Mk.). Die Heil- und Pflege-Kosten für die Prostituierten stiegen von 78 232 Mk. im Jahre 1918 auf 130 000 Mk. Während man im Jahre 1918 für Dienst-

---

Die schöne Unbekannte.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

11. Fortsetzung.

7. Kapitel.

Norbert von Helldorf und sein Freund Günter ihren Anfang April ebenfalls von Nizza abgereist und befanden sich nun in Norbert von Helldorfs Villa in Düsseldorf. Die beiden Herren saßen sich im Arbeitszimmer des Hausherrn in tiefen Klubsesseln gegenüber.

„Also bleibt dir kein andrer Ausweg, Günter, als am ersten Mai nach Schloß Hoheneck abzureisen?" fragte Norbert.

Graf Günter Nordau — jetzt der einzige noch lebende Nordau — stützte den Kopf in die Hand.

„Nein, Norbert, es bleibt mir kein Ausweg, falls ich des reichen Erbes nicht verlustig gehen will. Das hat der alte Sonderling auf Hoheneck schön ausgegrübelt, um mir die Freude an der Erbschaft zu verderben. Ausgerechnet mit meiner Feindin zusammen muß ich diesen allerdings herrlichen Besitz erben und unter solchen Bedingungen."

„Bist du denn dieser Freiin von Rosen gar so feindlich gesinnt? Dann ist sie wohl mordshäßlich? Denn einem schönen Mädchen kann doch kein Mann grollen."

Graf Günther lachte und schlug sich mit seinem Handschuh aufs Knie.

„Ich kenne sie ja überhaupt nicht, diese Freiin Bernhardine von Rosen, trotzdem sie eine freilich sehr entfernte Verwandte von mir ist — so im zehnten Grad etwa."

„Du kennst sie nicht und nennst sie deine Feindin?"

„Ja, siehst du, diese Feindin habe ich gewissermaßen als Familientradition übernommen. Die Rosens und die Nordaus sind verfeindet seit Generationen, warum, weiß ich selbst nicht. Trotzdem bin ich traditionell verpflichtet, Gift und Galle zu speien, wenn von einem Rosen die Rede ist. Und jeder Freiherr von Rosen wird dasselbe tun, wenn er den Namen Nordau hört. Ich glaube, es ist eine alte, längst vergessene Erbschaftsgeschichte gewesen, die diese Feindschaft verursacht hat. Das entnehme ich wenigstens diesem seltsamen Testament. Jedenfalls ist Graf Herbert Nordau von dem Gefühl durchdrungen gewesen, daß er ein Unrecht aus der Welt schaffen muß, und deshalb hat er testiert, daß die Freiin Bernhardine von Rosen als einzige noch lebende Vertreterin ihres Geschlechts und ich, der letzte Graf Nordau, zusammen die Grafschaft Hoheneck erben sollen — genau zu gleichen Teilen — bis auf den letzten silbernen Löffel. Das wäre ja eine sehr angenehme Ueberraschung für mich. Aber der alte Herr hat seltsame Bedingungen an das Testament geknüpft. Ich gönne meiner traditionellen Feindin die halbe Grafschaft, denn ich bin aus der Art geschlagen und kann weder Feindschaft noch Haß gegen sie empfinden."

„Das kann ich mir denken. Die Geschichte ist doch ein bißchen sehr alt und verjährt."

„Ganz recht. Also ich gönne ihr die halbe Grafschaft von Herzen. Aber daß der Erblasser, Gott verzeihe ihm, testamentarisch bestimmt hat, daß wir beide Erben jedes Jahr mindestens drei Monate, und zwar vom ersten Mai bis ersten August, zusammen in Schloß Hoheneck wohnen müssen, das ist bitter. Und dieser Umstand könnte vielleicht erst meine Feindschaft gegen Fräulein von Rosen erwecken, statt, wie der Erblasser annimmt, Frieden zwischen uns zu stiften."

„Rede dich doch nicht in solchen Zorn hinein, Günter. Es ist dir doch nicht Ernst damit. Du bist ja ein viel zu dankbares Gemüt, als daß du dich gegen den Grafen Herbert erbosen könntest."

Graf Günter strich sich das Haar aus der Stirn.

„Nein, weiß Gott, undankbar bin ich nicht. Gesegnet sei das Andenken des alten Herrn, er hat es auch gut gemeint mit seinen kurioren Bestimmungen. Aber daß ich ausgerechnet vom 1. Mai bis 1. August mit einer mir doch mindestens ganz fremden, vielleicht auch sehr feindlich gesinnten Dame in Schloß Hoheneck leben soll, verbittert mir die ganze schöne Erbschaft."

„Ist die Freiin von Rosen jung oder alt?"

„Genau weiß ich nicht, wie alt sie ist. Im Testament heißt es nur, daß sie jünger ist als ich."

„Und mit einer so jungen Dame sollst du unter einem Dache leben?"

Graf Günter sprang auf.

„So etwas kann nur ein weltfremder Sonderling ausklügeln! Im übrigen hat er dafür gesorgt, daß die Dehors gewahrt bleiben. Sie wohnt im linken Seitenflügel, ich im rechten. Der Mittelbau von Schloß Hoheneck ist neutrales Gebiet für uns beide. In diesem Mittelbau müssen wir, laut Testament, unsere Mahlzeiten gemeinsam einnehmen, und täglich müssen wir mindestens drei Stunden gegenseitig unsre Gesellschaft ertragen. Es ist alles bis aufs Tüpfelchen vorgesehen. Das Testament muß dem alten Herrn schweres Kopfzerbrechen gemacht haben. Wer gegen diese Bestimmungen verstößt und sich nicht pünktlich am 1. Mai einfindet in Hoheneck, sofern er noch lebt und gesund ist, der geht des Erbes verlustig."

„Allerdings ein seltsames Testament."

„O — das ist noch nicht alles. Es kommt noch besser."

„Da bin ich begierig."

„Also höre zu. Außer der Grafschaft Hoheneck, die übrigens reiche Erträgnisse einbringt, die auf Heller und Pfennig zwischen uns beiden Erben zu teilen sind, hat Graf Herbert noch ein sehr beträchtliches Barvermögen hinterlassen, das sich nur mit sieben Ziffern ausdrücken läßt. Besagtes Vermögen soll ebenfalls genau zu gleichen Teilen an uns fallen — also für jeden mindestens eine runde halbe Million, wenn wir uns nach Ablauf eines Vierteljahres, also am 1. August, bereit erklären — erschrick nicht — uns zu heiraten."

Norbert blickte auf.

„Zu heiraten, Donnerwetter!"

„Jawohl, zu heiraten. Weigert sich der eine Teil, dann bekommt der andere Teil die ganze Million. Weigern wir uns alle beide, dann fällt die ganze Million dem Fiskus zu."

Norbert von Helldorf legte mit einer komischen Gebärde die Hand an die Stirn.

„Warte einen Augenblick, Günter, das muß ich noch einmal überdenken. Also erklärst du dich nach drei Monaten bereit, die Freiin von Rosen zu ehelichen, dann erhältst du für alle Fälle die ganze Million, entweder mit oder ohne die Hand dieser jungen Dame, je nachdem sie auch einwilligt oder nicht. Weigerst du dich aber, dann zerrinnt dir die schöne Million verlustlos zwischen den Fingern und entweder bekommt sie deine Miterbin, wenn sie sich bereit erklärt, dich zu heiraten, oder sie fällt an den Fiskus."

Günter räusperte sich. „So ist es."

„Hm! Wer von Euch beiden muß denn zuerst diese Erklärung abgeben?"

Graf Günter lachte.

„Gemogelt kann beiderseitig nicht werden. Die Erklärung muß zu gleicher Zeit in einem verschlossenen Kuvert bei dem Notar hinterlegt werden, und dieser öffnet sie dann am 1. August."

Norbert machte ein komisch zerknirschtes Gesicht.

„O weh! Also nichts zu machen. Na, denn mein herzlichstes Beileid, mein Alter, dann wirst du ja wohl die Freiin von Rosen als Trautgemahl heimführen müssen."

(Fortsetzung folgt.)

reisen, Straßenbahnfahrkarten, Umzugskosten 2c. 3388 Mk. ausgegeben, ist dieses Jahr der Bedarf auf 100 000 Mk gestiegen. Die Kosten für Heizung der Diensträume gingen von 12 324 Mk. auf 87 000 Mk. in die Höhe. — Die verschiedenen Zweige der städtischen Wohlfahrtspflege beanspruchen 4 392 750 Mk., darunter die Flüchtlingsfürsorge 316 500 Mk., die Fürsorge für Kriegsbeschädigte 1 334 000 Mk., die Fürsorge für Kriegshinterbliebene 1 733 000 Mk. Der Haushaltsplan des städtischen Elektrizitätswerks schließt mit 28 478 100 Mk. ab gegen 10 033 950 Mk. Infolge der Erhöhung der Strompreise, die 1918 8 457 531 Mk. brachten, sollen aus dem Betriebe 28 100 500 Mk. einkommen. Für Kohlen wurden 1918 2 418 534 Mk. ausgegeben, jetzt sind für Kohlen und Fremdstrom 13 650 000 Mk. angesetzt. Der Gewinn ist mit 3 361 405 Mk. berechnet. Die außerordentlichen Ausgaben betragen 4 853 000 Mk. Eine Verkehrsstraße Dortmund—Bochum—Essen soll geschaffen werden. Es fehlen insbesondere die einzelnen Großstädte verbindende, dem Bedürfnis entsprechende Hauptverkehrsstraßen zur Aufnahme des Lastwagen-, Automobil- und sonstigen Straßenverkehrs, sowie zur Aufnahme der für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Aussicht genommenen Schnellbahn. Zur Herstellung des Entwurfs für diese Verkehrsstraße bewilligten die Stadtverordneten den Betrag von 8558 Mk. — Der städtische Zuschuß für das Säuglingsheim war im Vorjahre auf 40 000 Mk. festgesetzt worden, es mußten aber 40 000 Mk. nachbewilligt werden. — Die Jahrespacht für den Ratskeller wurde von 18 500 Mk. auf 25 000 Mk. erhöht, außerdem hat der Pächter Wehling einen Zuschuß von 10 000 Mk. für Mehrkosten der Heizung aufzubringen. — Zur Erlangung von Bauplänen für die Errichtung von Bergmanns-Wohnungen soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, für den 15 000 Mk. bewilligt wurden. Die Tagesordnung enthielt 63 Gegenstände, für die geheime Sitzung waren 16 Sachen vorgesehen. Außerdem wurden noch 8 Dringlichkeitsanträge eingebracht. Also Arbeit in Fülle.

Dortmund, 5. Mai. (**Schwerer Unfall auf der Radrennbahn.**) Bei dem am letzten Sonntag stattgefundenen Dauerrennen hinter großen Motoren um den großen Preis des Handels und der Industrie, der von den Stehern F. Hoffmann, Berlin, Toni Schelling-Düsseldorf, Richard Schenkel-Leipzig und C. Lengersdorf-Köln bestritten wurde, erlitt in der 18. Runde Lengersdorf einen Gabelbruch. Er überschlug sich und blieb dann liegen. Schrittmacher Heßlich-Dresden übersah gleich die Situation, konnte es aber nicht vermeiden, über das losgelöste Vorderrad Lengersdorfs zu fahren, wobei seine Maschine ins Schwanken geriet und in die Barriere am Stehplatz hineinfuhr, doch ist hier glücklicherweise niemand zu Schaden gekommen. Sein Schrittmacher Hoffmann überfuhr dann ungewollt den bereits verletzt am Boden liegenden Lengersdorf und kam ebenfalls zu Fall. Das Rennen wurde natürlich abgebrochen. Schnell herbeigeeilte Sanitätsmannschaften brachten die Verunglückten in eine Kabine. Ein Arzt konstatierte hier bei Lengersdorf außer Hautabschürfungen schwere innere Verletzungen und bei Hoffmann eine leichtere Verletzung des Schulterblattes.

Dortmund, 5. Mai. (**Diebstähle.**) Wegen Einbruchsdiebstahls zum Nachteil des städtischen chemischen Untersuchungsamts wurde der Bergmann Alfred Schmidt, Oestermärschstraße 16, festgenommen und dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Es handelt sich um einen Diebstahl von chemischen Instrumenten im Wert von mehreren Tausend Mark. Als Hehler kommen der Elektriker Karl Füchtemann, Oesterholzstraße und der Heizer Eduard Petersei, Oestermärschstr. 18, in Frage. Auch diese wurden festgenommen. — Der Laborant Josef Wiemann, welcher auf dem Eisenwerk Union beschäftigt war, hat einem hiesigen Verwandten, bei dem er gewohnt hat, eine Geldkassette mit ca. 25—30 000 Mark gestohlen. Wiemann ist am 29. 10. 92 zu Hamm geboren, etwa 1,60 Meter groß, hat schwarzes, lang geschnittenes Haar und kurz gestutzten Schnurrbart. Er hat blasses Gesicht und etwas schiefe Nase. Wiemann trug bei seinem Fortgange einen bräunlichen Anzug und hellen, kurzen Paletot, auch hellen Hut. Er ist zuletzt in Huckarde in Begleitung eines Herrn mit rotem Haar und einer Dame gesehen worden. Der Geschädigte setzt eine größere Belohnung aus. Auswärtige Zeitungen werden um Abdruck dieser Zeilen gebeten. — Von der Kriminal-Polizei ist eine größere Sammlung Silber- und Kupfermünzen aus dem 17. und 18. Jahrhundert, bestehend aus mehreren hundert kleinen und auch auffallend großen Exemplaren, beschlagnahmt worden. Die Sammlung soll angeblich aus Holland stammen. Nach den Feststellungen muß angenommen werden, daß die Münzen aus einer größeren Sammlung entwendet worden sind. Sachdienliche Mitteilungen erbeten an Kriminal-Bezirk 1. Olpe 7, woselbst die Sammlung auch zur Ansicht ausliegt.

Dortmund, 5. Mai. **Für etwa 25- bis 30 000 Mark Textilwaren gestohlen wurden in der Nacht zum 26. November v. Js.** dem Kaufmann Bauer in Castrop. Der Diebstahl wurde von dem aus dem Elsaß mittellos und ohne gute Kleidung vertriebenen Maschinenschlosser Johann Hölzer und dessen flüchtigen Schwager Strunz, der die Anregung gegeben hatte, ausgeführt. Hölzer, der noch nicht bestraft ist, war mit einem Mantel und einem Anzug zufrieden, während sein Schwager Dutzende von Hemden und Kragen, Schlipsen, Herren- und Damenmäntel, einige Ballen Stoff und Seide usw. zusammenpackte und davontrug. Der Bestohlene hat einen großen Teil der entwendeten Sachen wiederbekommen. Der Angeklagte, der stark unter epileptischen Anfällen leidet, wurde mit vier Monaten Gefängnis bestraft, die Untersuchungshaft wurde mit 2 Monaten angerechnet.

Dortmund, 4. Mai. (**Strafkammer.**) Um die Mitte April 1919 wurden aus dem Lebensmittellager der Stadt Hörde mehr als 6 Zentner Schokolade, ein größerer Posten Kakao und kondensierte Milch auf bisher nicht festgestellte Weise entwendet. Die gestohlenen Waren wurden in einem zur Wohnung der Mutter des Wirts Hermann Hirsch aus Düsseldorf bez. Dortmund, Königshof 55, gehörenden Raum gefunden und beschlagnahmt. Hirsch sollte sich jetzt wegen dieses Diebstahls verantworten. Er bestritt, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben, und erzählt: Er habe mit einem Kellner Bogenbeck, seinem Bruder und den ihm in seiner Düsseldorfer Wirtschaft bekannt gewordenen Schenk, Adolf Bremer und Hergenshausen in der Hörder Gegend einen schwunghaften Handel mit Pferdewurst betrieben. Die Wurst sei in einem „Kabüsschen", das sie von seiner Mutter in Hörde gemietet hätten, untergebracht, bis sie verkauft werden konnte. Hirsch machte für und mit der Stadt Hörde Geschäfte. So erhielt er und führte den Auftrag aus, eine große Menge Kaffee-Ersatz weiter zu verkaufen. Bei dieser Gelegenheit ist er mit seinen Handelsgenossen in Hörde zusammengekommen. Im Gespräch wurde er gefragt, ob in dem ihm bekannten Lebensmittellager der Stadt Hörde nichts zu machen sei. Er habe die Zumutung, dort zu stehlen, glatt abgelehnt. Einige Zeit darauf hätten ihm Bremer und Hergenshausen in Düsseldorf gesagt, daß in Hörde in den nächsten Tagen Schokolade verteilt werden solle und daß es Zeit sei, wenn man sie holen wolle. Er habe es abgelehnt, die Schokolade zu verkaufen, und auch gesagt, daß die Schokolade nicht zu seiner Mutter gebracht werden dürfe, um dieser keine Ungelegenheiten zu machen, zumal schon wegen des Wursthandels zuviel Aufmerksamkeit dem Verkehr bei seiner Mutter geschenkt werde. Am 13. April sei er, Hirsch, nach Düsseldorf gefahren, um dort seinen Namenstag zu feiern. Am anderen Tage sei am Nachmittag Bremer zu ihm gekommen, um ihm zu sagen, daß die Schokolade da wäre und daß er sie an den Mann bringen solle, was er abgelehnt habe. Da ihm Bremer mitgeteilt, daß er schon 5—6 Pakete in das Kabüsschen seiner Mutter gebracht, sei er am Abend nach Hörde gefahren, um nachzusehen. In das Kabüsschen habe er nicht hineingekonnt, weil er keinen Schlüssel dazu gehabt — alle anderen hatten einen Schlüssel. Deshalb habe er sich auf das Klosett gesetzt und sei eingeschlafen. Als er dann Geräusch im Hause gehört und aufgewacht sei, habe er vernommen, daß Polizei im Hause sei, und sei in die Wohnung seiner Mutter gegangen. Die Polizei habe dann die gestohlenen Sachen beschlagnahmt. Bremer und Hergenshausen hätten sich nicht wieder bei ihm sehen lassen. Da durch einen Zeugen bekundet wurde, daß die Bremer und Hergenshausen wirklich existierten, wurde die Verhandlung vertagt, um Nachforschungen nach ihnen in Düsseldorf anstellen zu lassen.

* **Iserlohn**, 4. Mai. (**Mandatsniederlegung.**) Die Erlebnisse der letzten Wochen haben den mehrheitssozialistischen Landtagsabgeordneten Julius Bräucker zur Niederlegung seines hiesigen Stadtverordnetenmandates veranlaßt. Er begründeten diesen immerhin etwas auffälligen Schritt in einem Schreiben, aus dem die folgenden Stellen eine weitere Oeffentlichkeit interessieren dürften: „Während meiner sich über den Zeitraum von neun Jahren erstreckenden Tätigkeit als Stadtverordneter habe ich die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei als Richtlinien bei meinen Entscheidungen betrachtet. Im Interesse der Gesamtheit und insbesondere auch der wirtschaftlich und sozialen schwachen Bevölkerung habe ich es für meine vornehmste Pflicht gehalten, auf dem Boden der gegebenen Tatsachen eine Politik der Vernunft und des schon jetzt Erreichbaren zu befolgen. Bei der in den letzten Monaten sich immer mehr breit machenden politischen Wirrköpfigkeit und Phraseologie finde ich natürlich kein Verständnis. Dagegen erfolgreich den Kampf zu führen, reichen meine gesundheitlichen Kräfte nicht aus."

•

Das Sythener Mordverbrechen.

(o) **Recklinghausen**, 5. Mai. Der Mord an dem Grafen Westerholt scheint sich nach den neueren Meldungen am Sonntag vormittag abgespielt zu haben. Das gräfliche Ehepaar hatte morgens gegen 9 Uhr einen Spaziergang durch die Parkanlagen unweit des Schlosses Sythen unternommen. Die Gräfin kehrte nach einiger Zeit allein in das Schloß zurück, während der Graf den Spaziergang fortsetzte. Aller Vermutung nach ist er von den Verschwörern aus dem Hinterhalt überfallen worden. Die Mörder haben den Grafen zunächst durch Schläge wehrlos gemacht und erst dann das Gewehr mit dem Dumdumgeschoß zum tödlichen Schuß angesetzt, der, am Kopf und Hals eintretend, durch den ganzen Körper gegangen ist. In der Bevölkerung, die den Verstorbenen als ihren Ehrenamtmann besonders schätzte, hat die furchtbare Tat Entsetzen und tiefen Abscheu hervorgerufen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß bolschewistisches Verbrechergesindel den Mord verübt hat, um sich für die durch die Kriegsgerichte bisher erfolgten Verurteilungen von Aufrührern und Plünderern zu rächen und durch die Anwendung des äußersten Terrors unbequeme Zeugen von belastenden Aussagen abzuschrecken. Graf Westerholt sollte bekanntlich ebenfalls als Zeuge in einem Prozeß vor dem Kriegsgericht in Münster erscheinen, der wegen der wiederholt erwähnten Zerstörungen und Plünderungen im gräflichen Schlosse auf Montag angesetzt war. Ob der Mord mit dieser Zeugenladung in näherem Zusammenhange steht, hat sich noch nicht aufklären lassen. Die Kriminalpolizei ist in fieberhafter Tätigkeit; sie glaubt auch, den Tätern auf der Spur zu sein; doch werden die bisher ermittelten Anhaltspunkte im Interesse der Untersuchung vorläufig noch geheim gehalten. Das Sythener Verbrechen ist um so verdammenswerter, als Graf Westerholt, ein durchaus vornehmer, zurückhaltender Charakter von humaner Gesinnung, sich in den politischen Meinungsstreit niemals eingelassen hat. Der Verstorbene war der älteste Sohn des Reichsgrafen Egon von Westerholt. Zwei seiner Brüder, Egon und Ferdinand, sind als Opfer des Weltkrieges gefallen, der erstere im August 1914, der letztere im August 1918. Männliche Nachkommen, die das Majorat weiterführen könnten, sind nicht vorhanden. Der einzige Sohn des Grafen fiel als Offizier des Westfälischen Kürassier-Regiments ebenfalls auf dem Felde der Ehre. Der Ermordete hat ein Alter von 44 Jahren erreicht. Seine Leiche wird nach Freigabe durch die Staatsanwaltschaft nach Westerholt überführt werden, wo die Beisetzung in der gräflichen Erbgruft erfolgen soll. — Weiter wird noch gemeldet: Gewisse Anhaltspunkte über die Ausführung des Mordverbrechens an dem Grafen von Westerholt scheinen sich aus Fußspuren zu ergeben, die von den Jägern des Ermordeten im Sythener Walde festgestellt worden sind. Es wurden, wie man dem Münsterschen Anzeiger schreibt, deutliche Spuren von fünf bis sechs Männern gefunden, worunter diejenigen des Grafen, der an einem Fuße lahmte, leicht zu erkennen waren. Nach kurzer Zeit haben anscheinend drei Männer, von der ursprünglichen Richtung abzweigend, einen anderen Weg eingeschlagen, während die Fußspuren des Grafen und zweier Männer durch den Wald in Richtung Hullern weiterführten. Kurz vor Hullern ist dann der Graf erschossen worden. Am Hinterkopf weist die Leiche eine Hiebverletzung auf, woraus geschlossen wird, daß der Ueberfall meuchlings erfolgt ist.

•

Außerordentliches Kriegsgericht Münster.

Münster, 5. Mai. Der frühere Diamantenfeldaufseher in Südwestafrika und spätere Hilfsgefangenenaufseher im Gerichtsgefängnis zu Münster Bernhard Wellermann aus Münster soll dem gefährlichen Ein- und Ausbrecher Templi, oder wie er sich auch nennt, van Asseln, der aus den Gefängnissen in Essen usw. ausgebrochen ist, zur Flucht verholfen haben, indem er in der Nacht zum 1. April die Zelle aufschloß und den Verbrecher in den Hof ließ. Dort meldete er sich der Sicherheitswehr als ein Besucher im Untersuchungsgefängnis, den man irrtümlicherweise eingeschlossen habe. Der Posten ließ ihn durch, sodaß der Flüchtling entkam und bis heute noch nicht wieder ergriffen werden konnte. Der Hilfsbeamte, der wahrscheinlich einer Bestechung zum Opfer gefallen ist und sich vor Ausführung der Tat durch 3/4 Liter Schnaps Courage angetrunken hatte, erhielt 1 Jahr Zuchthaus. — Die Bergleute Kohlöchter, Reinke und Sell aus Röllinghausen bezw. Habinghorst werden als Teilnehmer der Roten Armee angesehen. K. hat 7 Tage, ohne sich an Kämpfen beteiligt zu haben, der Roten Armee angehört. In einem Falle hat er ein Jagdgewehr beschlagnahmt. R. hat Speck gütlich zugesprochen, das man dem Amte Wulfen unter dem Vorwande, es sei „Schiebware" beschlagnahmte. Sell hat einen leitenden Posten innegehabt und bei der Entwaffnung der Einwohnerwehr und der Polizei in Habinghorst ein gewichtiges Wort gesprochen, wenn er später auch den Beamten die Waffen wieder ausgehändigt ließ. Er ließ Posten aufziehen und hatte als Vorsitzender des Vollzugsrates sehr viel zu sagen, sodaß das Gericht die Ueberzeugung gewann, in ihm einen Rädelsführer zu sehen. Der Staatsanwalt beantragte 8 Jahre Zuchthaus, doch wurden ihm wegen seiner mäßigenden Einwirkung auf seine Umgebung mildernde Umstände bewilligt. Somit kam er mit drei Jahren Gefängnis davon. Die Mitangeklagten Kohlöchter und Reinke erhielten je 9 Monate Gefängnis. — Weil er keine Arbeit hatte — es wurde bekanntlich gestreikt — ließ sich der Walter Gronau aus Bochum zum Wachdienst der Roten Armee anwerben. Aber noch ehe er an Wachdienst denken konnte, fand er sich in Haltern wieder, wo er gegen die Reichswehrtruppen eingesetzt werden sollte. Als das „Bum bum" los ging, ergriff er das Hasenpanier und lief einer Patrouille in die Hände. Ihn trifft eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten.

•

(?) **Düsseldorf**, 5. Mai. (**20 Millionen Fehlbetrag.**) Der städtische Haushaltsplan, der am Dienstag den Stadtverordneten vorgelegt werden soll, konnte erst am Montag abend nach langen und eingehenden Beratungen in dem Ausschuß fertiggestellt werden. Er schließt mit der gewaltigen Summe von 210 Millionen Mark ab, gegen 75 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1919. Trotz der großen Fülle von Steuer- und Gebührenerhöhungen und der Beschneidung der Schullasten um 5 Millionen Mark blieb noch immer ein Fehlbetrag von rund 20 Millionen Mark, wofür Deckung noch nicht gefunden werden konnte. Der Finanzausschuß kam daher zu dem Vorschlag, außer der bereits vorgeschlagenen Erhöhung der Gewerbesteuer auch noch eine Kopfsteuer einzuführen. Schließlich wurde vom Finanzausschuß beschlossen, den Stadtverordneten vorzuschlagen, eine Besteuerung des vom Reiche freigelassenen Existenzminimums vorzunehmen.

•• **Köln**, 5. Mai. (**Wahlliste der Christlichen Volkspartei in allen Zentrumswahlkreisen.**) In der hier abgehaltenen geschlossenen Versammlung der Vereinigung zur inneren Reform des Zentrums wurde beschlossen, daß die Christliche Volkspartei nicht allein in den Rheinlanden bei den kommenden Reichstagswahlen selbständig vorgehen soll, sondern auch darüber hinaus in allen bisherigen Zentrumsbezirken, besonders in Hessen, Nassau und der Pfalz. Im Laufe der Verhandlungen wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß das Zentrum zu den alten Grundsätzen Windthorsts, Mallinckrodts und Liebers zurückkehren und damit die Einigkeit in der Partei wieder herstellen wird.

Aachen, 6. Mai. (**Zum Tode verurteilt.**) Das Schwurgericht verurteilte den 22 Jahre alten Elektrotechniker Hubert Zimmermann aus Würselen wegen Raubmordes, begangen am 26. März an dem Kraftwagenführer Adolf Mertens aus Aachen zum Tode und seinen Mittäter, den 17 Jahre alten Elektrotechniker Heinrich Schröder aus Langerwehe, wegen Raubes, bei dem ein Mensch zu Tode kam, zu 10 Jahren Gefängnis.

Wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter in Vorpommern.

Ueber die Lohnverhältnisse der ländlichen Arbeiter herrschen in der städtischen Bevölkerung naturgemäß recht viele Unklarheiten. Es wird daher gewiß mit Freuden begrüßt werden, einmal Näheres über die betreffenden Löhne zu erfahren. So wurde am 13. März für den Regierungsbezirk Stralsund nach 64stündigen Verhandlungen, an denen die Vertreter sämtlicher Landarbeiterorganisationen teilnahmen, ein Tarif abgeschlossen der für den verheirateten Arbeiter folgende Einkommen festsetzt:

1. Wohnung mit Stall und mindestens 1/4 Morgen großen Garten, Wert	150 Mk.
2. Kuhhaltung (Futter und Weide frei) sowie täglich 4 Liter Vollmilch, Wert jährlich	450 Mk.
3. Aufzucht eines Stärkenkalbes, Wert	300 Mk.
4. Ein Mutterschaf mit Nachzucht und einem Hammel	200 Mk.
5. Zwei Zuchtgänse mit Nachzucht	200 Mk.
6. Zwei Ferkel, sechs Wochen alt, 15 Pfd. schwer	60 Mk.
7. Ein Morgen Kartoffelland, gedüngt, gepflügt, gehäufelt	100 Mk.
8. 30 Ztr. Brikettes oder sechzehntausend Stück Torf und 4 Meter Knüppelhartholz oder 6 Meter Knüppelweichholz, Wert	320 Mk.
9. 26 Ztr. Roggen a 25 Mk. =	650 Mk.
18 Ztr. Gerste a 25 Mk. =	450 Mk.
4 Ztr. Hafer a 25 Mk. =	100 Mk.
1 Ztr. Weizen a 30 Mk. =	30 Mk.
1 Ztr. Erbsen a 45 Mk. =	45 Mk.
10. In den Fällen, in denen die Krankenkasse nicht eintritt, übernimmt der Arbeitgeber die Kosten für die Apotheke	30 Mk.
Die ganzen Deputate sind errechnet	3085 Mk.
Hinzu tritt ein Barlohn in der Gesamthöhe von	1665 Mk.
Gesamtlohnsumme	4750 Mk.

Zu den Deputaten ist einiges zu sagen. Erstmal werden sämtliche Deputate in Natur geliefert. Die hohe Getreidesumme erklärt sich daher, daß die Arbeiter den Getreidebezug zur Aufzucht des Viehes benutzen. So lebt allmählich die Schweinezucht in Pommern wieder auf, wobei für den Landarbeiter ein ansehnlicher Verdienst herauskommt. Desgleichen ist die Gänsezucht, für die der Arbeitgeber Weideland zur Verfügung stellt, für den Landarbeiter sehr lohnend, da zwei Gänse durchschnittlich eine Nachzucht von 16—20 Tieren ergeben, die als Schlachtgänse im vergangenen Jahr pro Stück mit 150 bis 180 Mk. bezahlt wurden. Die Wohnungen mit 1/4 Morgen großem Garten dürften, selbst wenn es schlechte Wohnungen sind, niedrig berechnet sein, es darf aber entgegen dem allgemeinen Urteil auch einmal festgestellt werden, daß es hier auf vielen Gütern sehr gute Wohnungen gibt.

Dem Städter werden die täglich zu verabfolgenden 4 Liter Vollmilch etwas hoch erscheinen. — Der Landwirtschaftsminister hat den Regierungspräsidenten angewiesen, einen noch höheren Tarif zwangsweise festzusetzen. Wie denkt nun die städtische Bevölkerung hierüber?

Aus aller Welt.

— **Von einem auswärtigen Chauffeur tödlich verletzt.** Ein von einem französischen Chauffeur geführtes Automobil, in dem sich noch zwei in japanischen Diensten befindliche Zivilchauffeure befanden, fuhr auf der Landstraße nach Wartenburg dicht hinter Allenstein gegen einen Baum. Einer der Insassen wurde aus dem Wagen geschleudert. Als sich Kinder um das Automobil sammelten, gab er einen Schuß aus einer Pistole ab, durch den ein 13jähriger Knabe tödlich verletzt wurde. Der Chauffeur und die beiden Insassen wurden von der interalliierten Kommission in Haft genommen. Wie die Allensteiner Zeitung dazu bemerkt, waren der Chauffeur und beide Insassen sinnlos betrunken.

— **Oklahoma durch ein Unwetter zerstört.** Wie aus Muszoges im Staate Georgia gemeldet wird, ist die Stadt Oklahoma durch ein furchtbares Unwetter fast gänzlich zerstört worden. 50 Personen wurden getötet und viele verwundet.

Millerand auf der Frankfurter Messe.

(TU) **Frankfurt** a. M., 5. Mai. Millerand ist zwecks Fühlungnahme mit den deutschen Handels- und Industriekreisen zum Besuche der Messe in Frankfurt eingetroffen.

Erzberger kandidiert doch.

(TU) **Frankfurt** a. M., 5. Mai. Der bayerische Kurier erfährt von zuverlässiger Seite, daß Erzberger entgegen allen anderen Meldungen in seiner schwäbischen Heimat wieder kandidieren wird.

•

Kleine Nachrichten.

Der syndikalistische Zentralrat des Zwickauer Kohlenreviers hat den Arbeitgebern neue Forderungen überreicht und u. a. die Sechsstundenarbeit einschließlich der Ein- und Ausfahrt gefordert.

Der irische Agitator Jim Larkin, der kürzlich mit anderen Scharfmachern verhaftet wurde, ist wegen anarchistischer Verbrechen zu einer unbestimmten Strafe von 5 bis 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Larkin trat im Jahre 1913 bei den großen Streiktumulten in Dublin als Führer hervor.

Die Generalversammlung der Sattler und Tapezierer in Berlin hat am Freitag einen Antrag angenommen, der den Reichspräsidenten Ebert von der Innung ausschließt, weil er die Unterzeichnung des Todesurteils gegen den Eisendreher Kopp vorgenommen hat.

Der Reichsanwalt hat gegen den kappistischen Oberbefehlshaber von Breslau, Generalleutnant v. Schmettow einen Steckbrief wegen Hochverrats erlassen. v. Schmettow hält sich zurzeit verborgen.

Die sächsische Volkskammer wählte den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadtrat Buck in namentlicher Abstimmung mit 62 Stimmen zum Ministerpräsidenten und 12 Stimmen entfielen auf den Deutsch-Nationalen Hoffmann.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 6. Mai. Zu Erwiderung auf das Eingesandt in Nr. 97 Ihrer Zeitung teilt die Beamtenschaft der Schachtanlage „Grimberg" mit, daß 70% derselben nicht hinter den Handlungen der Herren Kopp und Hüper während der letzten Unruhen stehen. Zu der im Eingesandt erwähnten Beamten-Versammlung der Schachtanlage „Grillo" am 18. April 1920 waren von 110 Beamten und Angestellten 15 derselben vertreten, sodaß sich wohl jeder Kommentar erübrigt.

(Eingesandt.)

Kamen, 3. Mai. (Finanzwesen der Gemeinden.) Durch das Reichseinkommensteuergesetz ist das Preußische Einkommensteuergesetz gefallen und somit das Recht der Gemeinden, Zuschläge zu erheben. Diese Zuschläge bildeten bisher die Haupteinnahmequelle der Gemeinden. Die Länder und Gemeinden sollen Anteile aus der Reichseinkommensteuer erhalten, erstere 2/3, was die Gemeinden erhalten sollen, steht noch nicht genau fest. Es heißt das Soll des Steuerjahres 1919 + 25% Zuschlag. Zur Deckung der Fehlbeträge reichen diese Beträge bei keiner Gemeinde aus. Der Restfehlbetrag muß durch indirekte Steuern und durch Belastung der Realsteuern und Gewerbesteuern aufgebracht werden. Die Belastung dieser Steuerarten wird eine ungeahnte Höhe erreichen, wie wir aus den uns inzwischen bekannt gewordenen Besteuerungs-Beschlüssen einzelner Gemeinden bereits ersehen haben. Durch die neue Steuergesetzgebung sind den Gemeinden die Hände gebunden und ein großes Stück der Selbstverwaltung genommen worden. Sämtliche Gemeinden werden für die Zukunft nur die allernotwendigsten Ausgaben machen dürfen, zumal die Anforderungen der Provinzen und Kreise sich verdoppelt, ja verdreifacht haben. Mit dieser Angelegenheit hat sich in jüngster Zeit eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter des Niederrheins und des westlichen Westfalens befaßt, die jüngst in Essen getagt hat. In dieser Konferenz wurde eine Resolution gefaßt und an die Reichsregierung abgesandt des Inhalts, daß sämtliche Tumultschäden vom Reiche zu übernehmen seien, da die Gemeinden zur Uebernahme außerstande seien. Die Tumultschäden werden unvermeidliche Prozesse nach sich ziehen.

(Eingesandt.)

Essen, 3. Mai. (Zur Wohnungsnot.) Alle Maßnahmen, die bisher von der Regierung und den Kommunen getroffen worden sind, haben das Gespenst der Wohnungsnot nicht bannen können. Zum Teil ist man über das Stadium der „Erwägungen" nicht hinausgekommen, zum Teil wird, wie der Ertrinkende nach dem Strohhalm greift, in ohnmächtiger Verlegenheit der Bau von „Lehmhäusern" befürwortet und angeraten. Ueber derartige Bauten kann man denken, wie man will, eins ist aber sicher, daß unser Volk ein Anrecht darauf hat, dauerhafte, gesunde Wohnhäuser zu erhalten, in denen ein neues kraftvolles Geschlecht zufrieden heranwachsen kann. Die Wohnungsnot hat in allen Teilen des Reiches die bösesten Formen angenommen und weiteres Elend ist unausbleiblich, wenn nicht rasch und durchgreifend geholfen wird. Wir erhalten soeben die Nachricht, daß auf dem Siedlungsgelände „Feldhaushof" des Allgemeinen Bauvereins in Essen ein Wohnhaus für Bergarbeiter errichtet wird, dessen Ausführung in einer Bauweise erfolgt, zu der die Materialien (Kies, Sand, Schlacke) überall vorhanden sind. Sehenswert ist die überaus einfache und schnelle Herstellung der besonders geformten Bausteine und deren Vermauerung. Die Steine werden unmittelbar an der Baustelle ohne Kohlen in primitiver Handarbeit angefertigt. Gleiches gilt auch in Bezug auf die Dachziegel. Es wäre zu wünschen, daß diese Bauweise sich auch in der hiesigen Gegend bewährt, sodaß hoffentlich bald weitere Bauten folgen werden. Hauptsache ist und bleibt, daß überhaupt erst mal der Anfang mit dem Errichten von Wohnhäusern gemacht wird. Aus diesem Grunde ist das tatkräftige Beginnen des Allgemeinen Bauvereins zu begrüßen.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Die Gewerkschaften in und nach dem Generalstreik.

Zu der heiß umstrittenen Frage, welcher Einfluß den Gewerkschaften auf Grund der letzten politischen Vorkommnisse eingeräumt werden soll, nimmt nun auch das Zentralorgan der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände eingehend Stellung. Nachdem zunächst die Geschichte des Generalstreiks bis zur Beseitigung der Regierung Kapp-Lüttwitz geschildert wird, wird zu den dann folgenden Vorkommnissen ausgeführt:

„Die Gewerkschaften durften aber ihre geschichtliche Mission in der Beseitigung der Putschisten nicht erfüllt sehen. Am 18. März glaubte der in Berlin verbliebene Minister Schiffer nach dem Verschwinden der Firma Kapp und Lüttwitz den Generalstreik abbrechen zu sollen. Die Gewerkschaften machten ihm in einem neuen Aufruf klar, daß nicht er, sondern die organisierte Arbeitnehmerschaft zu bestimmen hat, zu welchem Zeitpunkt sie den Streik beenden will. Zunächst galt es, die nötigen Sicherheiten zu schaffen, um jede Wiederholung ähnlicher militärischer Ueberraschungen zu unterbinden. Der zweite Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der „Afa" und des Deutschen Beamtenbundes hatte wiederum einen vollen Erfolg. Die Angestellten, Beamten und Arbeiter verharrten im Generalstreik bis die Regierungsvertreter und die Vertreter der Regierungsparteien in den zwei Nächte umfassenden Verhandlungen mit uns die an anderer Stelle wiedergegebene Vereinbarung getroffen hatten. Sie bedeutet für die freien Arbeitnehmergewerkschaften eine neue gewaltige Machtposition, vor allem auch dadurch, daß nunmehr die am Generalstreik beteiligten, d. h. die zuverlässigen Gewerkschaften auch auf die Regierungsbildung einen entscheidenden Einfluß auszuüben vermögen. Unsere Gegner behaupten nachträglich, daß diese Vereinbarung undemokratisch wäre, weil eine bestimmte Bevölkerungsschicht bevorzugt würde. Die organisierte Arbeit ist aber keine beliebige Schicht, sondern die ausgesprochene Trägerin der gesamten Volkswirtschaft. Sie soll in Zukunft das Maß von Einfluß auf die Geschicke des Landes bekommen, das bisher wohl in der Verfassung angedeutet, aber praktisch nicht verwirklicht war. Die politischen Parteien sollen und müssen selbstverständlich auch in Zukunft die Zusammensetzung der parlamentarischen Regierung bestimmen, von ihnen haben auch die Vorschläge für Kandidaten auszugehen. Die Gewerkschaften werden aber insofern eingeschaltet, als sie zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen und sich bei abweichender Auffassung mit den Parteien zu verständigen haben. Der Verlauf der diesmaligen Kabinettsbildung hat bewiesen, daß die Vereinbarung praktisch durchführbar ist, ohne daß an der Verfassung gerüttelt wird. Auch die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben mit uns gemeinsam dieses Mitbestimmungsrecht ausgeübt.

Es darf zugegeben werden, daß die Kabinettsbildung diesmal eine gewisse Verzögerung erfahren hatte. Der Grund lag aber daran, daß das alte Kabinett Bauer tagelang zögerte, seine Gesamtdemission einzureichen, die allein die notwendige Bewegungsfreiheit brachte, um bei der Neubildung der Regierung den Erfordernissen der Zeit Rechnung tragen zu können. Ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften wären lediglich einzelne Personen ausgewechselt worden, statt die notwendige Entspannung zu schaffen, die nach den Ereignissen vom 13. März notwendig war. Das deutsche Volk hätte es nicht verstanden, wenn dieselbe Regierung, die durch ihre Kurzsichtigkeit den Kapp-Putsch ermöglicht hatte, im Amt verblieben wäre. Bei der Beurteilung der getroffenen Vereinbarungen ist auch vor allem zu beachten, daß die Regierung Bauer im entscheidenden Augenblick Berlin verlassen und die Arbeitnehmerschaft zum Generalstreik aufgerufen hatte. Damit hatte die Regierung selbst am 13. März das Schicksal in die Hände der kämpfenden Angestellten, Beamten und Arbeiter gelegt. Es ist nur logisch, daß dieselben Kräfte auch für die folgende Neuordnung der Verhältnisse die Verantwortung zu tragen haben. Das ist nur möglich, wenn ihnen der gebührende Einfluß sichergestellt wird."

(Eingesandt.)

Zur Aufklärung der Bevölkerung.

Werden die Kleidungspreise zurückgehen?

Die Zeitschrift „Deutsche Konfektion" schreibt: Mit erleichtertem Aufatmen hat ein jeder die in den letzten Wochen eingetretene Erholung unserer Valuta begrüßt, die — wenn auch vorübergehende Rückschläge nicht ausbleiben werden — unserm Gelde neue Kaufkraft verleiht und den Ausblick auf einen Abbau der ins Uferlose geklettierten Preise eröffnet. In der Tat ist in der letzten Zeit auch hier und da eine kleine Erleichterung auf dem Lebensmittelmarkt eingetreten, gewisse Nahrungs- und Genußmittel, die wir aus dem Ausland beziehen, wie Kaffee, Tee, Reis, Schmalz usw., sind im Preise zurückgegangen und werden möglicherweise noch weiter fallen. Ebenso nötig wie das tägliche Brot ist uns aber die geradezu unerschwinglich gewordene Kleidung, und da muß man mit Bedauern feststellen, daß in Textilwaren bisher so gut wie gar keine Verbilligung zu bemerken ist. Woran liegt das? Wurden nicht die phantastischen Kleidungspreise stets mit unserer schlechten Valuta und der hierdurch bewirkten riesenhaften Verteuerung der überseeischen Textilrohstoffe begründet? Auf den ersten Blick wird mancher geneigt sein, dem Kaufmann die Schuld beizumessen, bei ruhiger Ueberlegung aber stellt sich die Sachlage ganz anders dar. An einen nennenswerten Rückgang der Kleidungspreise ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Den Maßstab der Auslandslebensmittel darf man an die Textilversorgung nicht legen. Dort Produkte, die genußfertig aus dem Ausland hereinkommen und bei billigerem Einkauf auch sofort billiger an den Konsum abgegeben werden können; hier ein Rohstoff, der einen unendlich langwierigen und kostspieligen Verarbeitungsprozeß durchlaufen muß, ehe er als fertiges Kleidungsstück zum Verbraucher gelangt. Die Wolle oder Baumwolle, aus der sich ein heute beim Detaillisten zum Verkauf stehendes Kleidungsstück zusammensetzt, hat im günstigsten Falle vor 8—10 Monaten Australien oder Nordamerika verlassen, ist dann durch die Hände zahlreicher ausländischer Händler gegangen und hat den deutschen Spinner und Weber (wenn es sich nicht gar um ganz besonders teure im Ausland gewebte Fertigware handelt, die direkt an die Großkonfektion oder in den Detailhandel gelangt) vielleicht vor 3—4 Monaten in einer Zeit tiefsten Valutastandes erreicht. Aus dem hier Gesagten geht hervor, daß die aus allerteuerstem Rohstoffen gefertigten Gewebe noch gar nicht im Handel sind, denn im Januar kostete ein Garn aus reiner amerikanischer Baumwolle noch 76 Mk. per Kilo, Mitte März hingegen hatte der Preis sich schon verdoppelt, nämlich auf 157 Mk. (Bericht des Verbandes rheinisch-westfälischer Baumwollspinnereien). Die Preise der meisten Textilfabrikate wären also weit höher, wenn die Industrie sich nicht zur Zeit ihrer Herstellung noch im Besitz verhältnismäßig billiger Rohmaterialien befunden hätte. Die teuerste Ware gelangt demnach erst in den nächsten Wochen und Monaten auf den Markt. Wie enorm die Steigerung sein wird, geht daraus hervor, daß noch vor kurzem das Kilo Rohbaumwolle in Bremen über 100 Mk. kostete (zur gleichen Zeit kostete Garn noch 76 Mk. das Kilo). Inzwischen ist Rohbaumwolle in Bremen freilich um etwa 17—18 Mk. zurückgegangen, jedoch wird dieser geringe Abschlag durch die gewaltige Steigerung der Löhne, Gehälter, Kohlenpreise, Frachten und sonstigen Unkosten mehr als ausgeglichen. Macht die Valutaerholung weitere Fortschritte, so kann ein Preisabbau in Textilwaren bestenfalls in 8—10 Monaten in Frage kommen, vorausgesetzt, daß infolge der verbilligten Lebensmittel inzwischen ein Abbau der Löhne und sonstigen Fabrikationsunkosten (Kohle!) möglich geworden ist, denn für den Preis einer Ware, deren Herstellungsprozeß unzählige Hände erfordert, sind diese Faktoren weit bedeutungsvoller, als die Kosten des Rohmaterials. Aus den oben angeführten Gründen sieht der Fachmann aber einstweilen keinen Preisrückgang auf dem Textilwarenmarkt, sondern im Gegenteil ein neues Anziehen der Preise herannahen. Für die unter schwerer Kleidungsnot leidende Bevölkerung, wie auch für den reellen Kaufmann, der seine alte Lagerware heute weit billiger verkaufen muß, als er selbst neu einkaufen kann, ist diese Aussicht sehr betrübend.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 5. Mai. **Der Kreisausschuß des Kreises 8a — Westfalen und Lippe —** der Deutschen Turnerschaft hat für das Jahr 1920 folgende Veranstaltungen vorgesehen: Gerätewettturnen mit Ausfechtung der Meisterschaften am Reck, Barren und Pferd am Sonnabend, den 8. Mai, in Lüdenscheid; Kreisspiel- und Sportfest am Sonnabend, den 4. September in Dortmund; auf diesem sollen die Meisterschaften des Kreises im Schlagball-, Faustball- und Schleuderballspiel, im Stabhochsprung, Hochsprung, Weitsprung, Kugelstoßen, Steinstoßen, Diskuswerfen, Schleuderball, 100, 200 und 400 Meter-Lauf, sowie ein griechischer Fünfkampf, bestehend aus Dreisprung, Kugelstoßen, 100 Meter-Lauf, Hochsprung und Ringen ausgefochten werden. Als Mannschaftskämpfe sind ferner ein 4×100 Meter-Staffellauf, ein Schweden-Staffellauf (1000 Meter) und Tauziehen vorgesehen. Die Ausscheidungskämpfe für die Meisterschaften sollen vorher in den Bezirken ausgefochten werden. Weiter ist noch ein Kreis-Frauenturnen in Aussicht genommen. Tag und Ort dafür sollen bestimmt werden, wenn der Zeitpunkt für die von der Deutschen Turnerschaft geplante Veranstaltung für das Frauenturnen feststeht. — Der kleine Kreisturntag — die Versammlung des Kreisausschusses mit den Gauvertretern — soll im Oktober d. J. in Dortmund stattfinden; ihm wird in der Hauptsache die Beratung des von einem Unterausschuß ausgearbeiteten Entwurfes der neuen Kreissatzungen obliegen.

Konzert, Theater rc.

Kamen, 6. Mai. **(Stadttheater Unna.)** Kommenden Sonntag gastieren wiederum die ehem. Mitglieder des Stadttheaters Unna. Zur Aufführung gelangt der neueste Schlager „360 Frauen". Frl. Rose Hartmann, die hier in den Rollen als „Bärbele", Schwarzwaldmädel usw. noch in bester Erinnerung steht, wird die Hauptrolle spielen. — Näheres Inserate.

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.
K. bedeutet Krammarkt. V. = Viehmarkt. KV. = Kram- und Viehmarkt. Pf. = Pferdemarkt. Schw. = Schweinemarkt. T. = Tag.

Montag, 10. Mai: Soest Rindv. Pf. Schw., Ottenstein K. Rindv. Schw.
Dienstag, 11. Mai: Altenberge K. V., Gescher K. V., Stadtlohn K. Rindv. Schw., Buldern K. Rindv. Schw., Ibbenbüren K. Rindv. Schw., Lüdinghausen K. V., Olfen K. V., Westerholt V., Hausberge K. Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Kaunitz K. Rindv. Schw. Hanf- u. Kleesamen, Lübbecke Rindv. Pf. Schw., Rüthen Schw., Altenbeken Rindv. Pf. Schw., Bielefeld Rindv. Pf. Schw., Paderborn Schaf Hammel, Versmold K. Rindv. Schw., Luisenburg Rindv., Röhlinghausen V. (vorwiegend Schw.).
Mittwoch, 12. Mai: Burgsteinfurt Pf. Zuchtv., Heck K. Rindv. Schw., Eickel (Marktplatz an der Dorstener Straße) Schw., Wickede K., Rödinghausen K. Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Warendorf Rindv. Schw., Lippstadt K. V., Dortmund Zucht Faselv.
Freitag, 14. Mai: Witten K. Rindv. Pf. Schw.
Sonnabend, 15. Mai: Wiedenbrück K. Rindv. Schw.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 24. bis 29. April 1920.

Die zum Schlusse der vorigen Berichtsperiode eingetretene Abwärtsschwankung der Preise für die im freien Handelsverkehr befindlichen Bodenfrüchte setzte sich in den ersten Tagen der diesmaligen Berichtwoche fort. Eine neue Anregung hierzu war durch die Bekanntgabe über die Kreditabkommen Deutschlands mit Amerika und Holland und über die Lieferung großer Lebensmittelmengen erfolgt. In Handelskreisen bestreitet man die Möglichkeit auch nicht mehr, daß es schließlich doch noch gelingen könnte, ohne Hilfe der für die Zeit der vermeintlichen Not gelagerten Hülsenfrüchte, des Hafers und der Haferfabrikate die Brotrationen zu erfüllen und der Fleisch- und Fettversorgung über ernstliche Stockungen hinwegzuhelfen. Mit dieser Aenderung in den Verhältnissen und Anschauungen war etwa ein Teil derjenigen Voraussetzungen hinfällig geworden, die ursprünglich den Anlaß zu den großen Einlagerungen von Hülsenfrüchten, Hafernährmitteln und Hafer seitens der Kommunen im ganzen Lande gegeben, die die Mühlen zur Herstellung von Haferbackmehl in großem Umfange und zu starker Haferlagerung behufs Sicherung eines regelmäßigen Betriebes angelegt, und die auch die Kaufleute zur Hinlegung von Vorräten veranlaßt hatten. Die ungewöhnliche Höhe der Hafer- und Hülsenfruchtpreise waren außer durch den Verfall der deutschen Valuta zu großem Teil durch jene Annahme einer notwendigen Beihilfe für die Brotversorgung entstanden. Eine starke Ermäßigung der Preise war bereits erfolgt, seitdem die Kaufkraft der Markwährung sich im Auslande hob. Diese Ermäßigung setzte sich in den ersten Tagen der abgelaufenen Berichtwoche fort, als die Bekanntgabe der ausländischen Anschaffungen erfolgte. Seitens einer Reihe von Kommunen wurde die Abstoßung früherer Käufe, namentlich von Abschlüssen, die erst noch zu empfangen waren, bewirkt oder doch versucht, ebenso zeigte sich am Markt Angebot, das zum Teil mit finanziellen Schwierigkeiten zusammenhing. Denn die Preisrückgänge, die sich nicht allein bei Bodenfrüchten, sondern mehr noch bei anderen Rohprodukten vollzogen hatten, waren Ursache, daß die Banken vielfach größere Einschüsse für die lombardierte Ware verlangten, wozu die Besitzer des Materials nicht immer imstande waren, so daß manche weitere Zwangsverkäufe erfolgten. Dennoch hielt diesmal der weitere Rückgang nur wenige Tage an. Der Haferpreis war seit dem zweiten Teil der Vorwoche von 174 auf 135 Mk. gefallen. Hiernach erfolgte eine Erholung bis zeitweise zu 153 Mk., da die Provinzverkäufer zurückhaltender wurden und vielseitige Kauflust sich am Markt wieder einfand. Der Futterverbrauch regte sich zu den ermäßigten Haferpreisen wieder kräftiger. Besitzer größerer Pferdebestände traten mit Anschaffungen hervor, gleichzeitig sahen sich die Fouragehändler, die längere Zeit nur äußerst vorsichtig gekauft hatten, zu vermehrten Erwerbungen gezwungen. Die Berliner Hafer-Vorräte räumten sich schnell und die Preise für Lokoware gingen bis 165 Mk., während gleichzeitig auf Abladung ab Station 150 Mk. gezahlt wurde. Damit war den großen Einlagerungskosten und der Umsatzsteuer Rechnung getragen, so daß nun wieder mehr Ware nach Berlin disponiert wird. Für Hülsenfrüchte, obensowohl für in- wie ausländische, war von einer Erholung in den Preisen und in der Geschäftslage wenig zu spüren. Der Absatz bleibt andauernd außerordentlich schwierig, sowohl im Großhandel, als im Kleinverkehr. Die Kommunen haben allermeist nicht denjenigen Absatz, auf den sie gerechnet hatten. Auch für Rauhfutter sind die Preise weiter merklich gefallen.

Redaktionsbriefkasten.

Politik in **Overberge.** 1. Die Wiedergabe der Programme der einzelnen Parteien würde zu weit führen. Einen kurzen Ueberblick können Sie in den nächsten Wochen aus den einzelnen Wahlaufrufen gewinnen. — 2. Anarchismus heißt die politische Theorie, die nach Anarchie, d. h. Beseitigung jeder Rechtsordnung, strebt. In neuerer Zeit gewannen diese Bestrebungen an Bedeutung durch den Franzosen Proudhon, der 1851 auch zuerst die Bezeichnung „Anarchie" gebrauchte. — Die Spartakisten nennen sich so nach dem aus der römischen Geschichte bekannten Sklavenbefreier Spartacus.

Für den Beweis inniger Teilnahme an unserer tiefen Trauer sprechen wir unsern

herzlichen Dank

aus. i1710

Albert Rollmann u. Kinder
Familie Jellinghaus.

Deutsche Volkspartei!

Samstag, den 8. Mai, abends punkt 8 Uhr, im Hotel Bergheim

Mitglieder-Versammlung.

1. Vortrag des Generalsekretärs Koester.
2. Wahlvorbereitungsfragen.

Vollzählige Beteiligung erwartet! Keiner darf fehlen! Freunde der Partei willkommen! t1717

Der Vorstand.

Jeden ersten Freitag im Monat findet von 1 bis 2 Uhr im Gemeindehause Methler

Mutterberatung

statt. **Stillbescheinigungen** erfolgen dort kostenlos. 1718

Dr. Vollmann.

Tapeten

gute Fussbodenlackfarbe

empfiehlt 1709b

L. Tombrink,
Bahnhofstr. 24.

Ia. Kernleder-Treibriemen

Rund-, Kordel-, Näh- und Binderiemen in allen Dimensionen liefern prompt ab Lager a1656

Joh. Müller & Co.,
Industrie- und Hüttenbedarf,
Cöln a. Rh., Hülchratherstraße 35.

Das Königsborner Putz-Geschäft
Filiale Heeren

presst

Ihren alten Herrenhut in

neuer, moderner Form

bei bekannt sauberster Ausführung um.

Kaiserstr. 98

m1714

Klee-Verkauf.

Donnerstag, den 6. d. M., nachm. 5 Uhr, läßt Herr Landwirt **Haumann,** Bergkamen im Heitkamp in der Nähe Schönhausen

2 Morgen Kleefrucht

nummerweise, meistbietend gegen bar verkaufen.
Töddinghausen. i1688

Blödom.

Kali-Salz
20% a1693
empfiehlt ab Lager
Th. Ostermann.

Ein fast neuer zweisitziger Sportwagen
zu verkaufen. a1720
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein gutes Fahrrad
mit Gummibereifung
zu verkaufen. 1716
Weststraße 4.

Ordentlicher
Laufbursche
gesucht.
Buchhandlung der
Kamener Zeitung
Weststraße 10.

Tüchtiges Mädchen,
welches auch melken kann, nach auswärts gesucht. 1680
Zu erfragen **Bahnhofstraße 23.**

Eine Korallen-Halskette
verloren. Der ehrliche Finder erhält Belohnung.
Abzugeben 1674d
Stöckel, Kampstr. 22.

100 Mark Belohnung
gebe ich demjenigen, der mir sofort oder auch später bis zum 1. August eine ordentliche **2- oder 3-Zimmerwohnung** in den Gemeinden Methler, Westick Wassercourl oder Südkamen besorgt. 1671
Angebote erbeten unter **„Brautpaar Nr. 1676"** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Das Betreten
meiner Weide an der Dortmunder Straße ist strengstens verboten.
Uebertretungen werden zur Anzeige gebracht. Eltern haften für ihre Kinder. 1715d
Brüggemann,
Südkamen.

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirol. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Preis **2.50**
Heinrich Jacobi, Drog.

Einen großen Posten altes Eichen-Brenn- u. Bauholz
hat abzugeben v1679
Kamen,
Westenhauer 41.

Jünglings-Anzüge, Burschen-Anzüge, Knaben-Anzüge u. einzelne Westen
empfiehlt preiswert
Fritz Buschmann,
Kamen, a1708
Güldenströge 11.

1 Küchenschrank
1 Nähmaschine
3 Bettstellen
1 Fahrrad
mit Gummi
Waschmaschine
1 Kinderwagen
zu verkaufen. v1685
Güldenströge 19.

Wirte-Verein Kamen.

Unserer verehrten Kundschaft zur Nachricht, daß sich der Bierpreis um 100% erhöht hat. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, die Bierpreise wie folgt festzusetzen: v1707

1 Tulpe Bier . . . . . 0,50 Mk.
1 Glas Bier . . . . . 1,— Mk.
1 Liter Bier (über die Straße) **2,— Mk.**

Die Mitglieder werden gebeten, ihre Preislisten sofort zu ändern.

Der Vorstand.

Lebensmittelverteilung Amt Unna-Kamen.

Auf Reichsfleischkarte 80 Gr. Fleisch und 20 Gr. Wurst. Die Preise sind:

Rindfleisch 5 Mk., Kalbfleisch 5,50 Mk., Leberwurst 3 Mk. und Blutwurst 2 Mark je Pfund.

Bezüglich der Zulagekarten wird auf die Abschnitte Nr. 18 und 19 je 50 Gr. Fleisch ausgegeben. Die Abschnitte haben später keine Gültigkeit mehr.

Unna, den 5. Mai 1920.

Der Amtmann: Lehmhaus